

# Danziger Zeitung.

Nr. 18639.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Insolite Kosten für die sieben-geplastete gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Brüssel, 6. Dezbr. (Privatelegramm.) Gestern hat ein neuer Studentenskandal gegen den Rektor Philippson stattgefunden, welcher flüchtete und sofort sein Amt niederlegte.

Petersburg, 6. Dezbr. (Privatelegramm.) Die russische Regierung instruierte ihre ausländischen diplomatischen Vertreter, daß alle ausländischen Proteste gegen die Judenverfolgung in Russland als Einmengung in die inneren Angelegenheiten Russlands betrachtet werden sollen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 6. Dezember.

## Die Schulrede des Kaisers.

Der Wortlaut des Schlusses der kaiserlichen Rede, dessen hauptsächlichster Inhalt in unseren heutigen Morgendepeschen bereits wiedergegeben ist, ist nach dem „Reichsanzeiger“ folgender:

„Sehr bereichert ist die Lage der Gymnasia-Direktoren über den ungeheueren Ballast von Schülern, den sie mitzuschleppen haben, der nie zum Examens kommt und bloß die Berechtigung für den einjährigen Heeresdienst erlangen will. Nun wohl, der Sache ist einfach dadurch abzuholzen, daß wir ein Examen einschieben, da, wo der Einjährige abgehen will, und außerdem seine Berechtigung davon abhängig machen, daß er, wenn er die Realschule besucht, das Abgangzeugnis für die Realschule nachweist. Dann werden wir es bald erleben, daß der ganze Zug dieser Candidaten für den einjährigen Heeresdienst von den Gymnasien auf die Realschulen geht; denn wenn sie die Realschule durchgemacht haben, dann haben sie, was sie suchen.“

Ich verbinde damit noch einen zweiten Punkt, den ich vorhin schon erwähnte, das ist dieser: die Verminderung des Lehrstoffes ist nur möglich durch einfachere Gestaltung der Examina. Nehmen wir die grammatischen Productionen ganz aus dem Abiturienten-Examen heraus und legen sie ein oder zwei Klassen tiefer, lassen Sie da ein Examen machen, ein technisch-grammatisches Examen, dann können Sie die jungen Leute prüfen, so scharf wie Sie wollen, dann können Sie an dieses Examen die Freiwilligenprüfung knüpfen, und außerdem für denjenigen, der Offizier werden will, das Fähnrichexamen damit verbinden, sodass er nachher dasselbe nicht mehr zu machen braucht. Sobald wir die Examina in dieser Beziehung modifizieren und die Gymnasien in dieser Weise erleichtert haben, dann wird das Moment wieder zur Gelassenheit kommen, das in der Schule und speziell in den Gymnasien verloren gegangen ist: die Erziehung, die Charakterbildung. Das können wir jetzt beim besten Willen nicht, mo 30 Anaben in der Klasse sind und ein solches Pensum zu bewältigen haben, und außerdem oft junge Leute den Unterricht ertheilen, deren Charakter noch häufig selber ausgebildet werden muss. Hier möchte ich das Schlagwort, das ich von dem Geh. Rath Hünpteler gehört habe, anführen: Wer erziehen will, muß selbst erogen sein. Das kann man von dem Lehrerpersonal jetzt nicht durchweg behaupten. Um die Erziehung zu ermöglichen, müssen die Klassen in Bezug auf die Schülerzahl erleichtert werden. Das wird auf dem Wege, den ich eben beschrieben habe, geschehen. Dann muß davon abgegangen werden, daß der Lehrer nur dazu da ist, täglich Stunden zu geben, und daß, wenn er sein Pensum absolvirt hat, seine Arbeit beendigt ist. Wenn die Schule die Jugend so lange dem Elternhause entzieht, wie es geschieht, dann muß sie auch die Erziehung und die Verantwortung für diese übernehmen. Erziehen Sie die Jugend, dann haben wir auch andere Abiturienten. Ferner muß von dem Grundsatz abgegangen werden, daß es nur auf das Wissen ankommt und nicht auf das Leben; die jungen Leute müssen für das jetzige praktische Leben vorgebildet werden.

Ich habe mir einige Zahlen aufgeschrieben, die statistisch interessant sind. Es gibt in Preußen Gymnasien und Progymnasien 308 mit 80 979 Schülern, Realgymnasien und Real-Progymnasien 172 mit 34 465 Schülern, lateinlose Ober-Realschulen und höhere Bürgerschulen 60 mit 19 892 Schülern. Es erwarten die einjährig-freiwillige Berechtigung auf den Gymnasien 68 Proc., auf den Realgymnasien 75 Proc., und auf den lateinlosen Realanstalten 38 Proc. Das Reifezeugnis bei den Abiturienten-Examens erwarben auf den Gymnasien 32 Proc., auf den Realgymnasien 12 Proc., auf den Ober-Realschulen 2 Proc. Jeder Schüler der genannten Anstalten hat etwa 25 000 Schul- und Hausarbeitsstunden und umgekehrt nur 657 Stunden darunter Turnstunden. Das ist ein Übermaß der geistigen Arbeit, das entschieden herabgedrückt werden muß! Für den Zwölf-, Dreizehn-, Vierzehnjährigen in Quarta und Tertia beträgt einschließlich des Turnens und Singens die wöchentliche Stundenzahl durchschnittlich 32, steigt in einzelnen Anstalten auf 35 und in der Tertia des Realgymnasiums sage und schreibe 37 Stunden. Nun, meine Herren, wir sind alle mehr oder minder gereift und arbeiten, was wir können, aber auf die Dauer würden wir eine solche Arbeit auch nicht aushalten. Die statistischen Angaben über die Verbreitung der Schulkrankheiten, namentlich der Kurzsichtigkeit der Schüler, sind wahrhaft erschreckend, und für eine Anzahl von Krankheitsercheinungen fehlt es an einer allgemeinen Statistik noch. Bedenken Sie, was uns für ein Nachwuchs für die Landesverteidigung erwächst. Ich suche nach Soldaten, wir wollen eine kräftige Generation haben, die auch als geistige Führer und Beamte dem Vaterlande dienen. Diese Maße der Kurzsichtigkeit ist meist nicht zu brauchen, denn ein Mann, der seine Augen nicht brauchen kann, wie will der nachher viel leisten? In Primitiva steigert sich in einzelnen Fällen die Zahl der Kurzsichtigkeit bis auf 74 Prozent. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß wir, trotzdem wir in Kassel ein sehr gutes Zimmer hatten, das Lehrerconferenzimmer, mit einseitigem schönen Licht und guter Ventilation, die auf Wunsch meiner Mutter angebracht wurde, doch unter 21 Schülern 18 mit Brillen hatten und 2 darüber, die mit der Brille nicht bis an die Tafel sehen konnten. Diese Sachen verurtheilten sich von selber, da muß eingeschriften werden, und deshalb hatte ich es für sehr dringend, daß die Frage der Hygiene schon in den Vorbereitungsanstalten für die Lehrer aufgenommen werde, die Lehrer einen Cursus darin erhalten und die Bedingung daran geknüpft wird, jeder Lehrer, der gesund ist, muß turnen können, und jeden Tag soll er turnen.

Meine Herren, das sind im allgemeinen die Gesichtspunkte, die ich Ihnen zu entwischen habe. Dinge, die mein Herz bewegen haben, und ich kann nur versichern:

die massenhaften Zuschriften, Blätter und Wünsche, die ich von den Eltern bekommen habe, obwohl wir Väter von meinem verehrten Herrn Hünpteter im vorigen Jahre für eine Partei erklärt wurden, die bei der Erziehung der Kinder nicht mitzurechnen hätte, legen mir, als allgemeinem Landesvater, die Pflicht auf, zu erklären: es geht nicht so weiter. Meine Herren, die Männer sollen nicht durch Brillen die Welt ansehen, sondern mit eigenen Augen, und Gefallen finden an dem, was sie vor sich haben, ihrem Vaterlande und seinen Einrichtungen. Dazu sollen Sie jetzt helfen!

Dass gestern neben der offiziellen Verhandlung an der Hand der Tagesordnung im Abgeordnetenhaus sowohl wie im Reichstage eine private über die große Schulrede des Kaisers in der vorgestrittenen Sitzung der Commission nebenherließ, kann nicht überraschen. Unser mit parlamentarischen Kreisen in naher Fühlung stehender Berliner Correspondent schreibt uns hierüber: „Dass der Kaiser persönlich vor einer Versammlung, die berufen ist, ihr Gutachten über die Fragen des höheren Schulwesens abzugeben und deren Mitglieder seitens der Regierung selbst durch die Berufung als die sachverständigsten anerkannt sind, seinen Gedanken über die Lösung seiner Fragen Ausdruck gegeben hat, wurde vielfach erörtert. Die Beurtheilung der Gedanken des Kaisers war natürlich in hohem Grade durch den noch nicht hinlänglich aufgeklärten Umstand erschwert, daß der „Reichsanzeiger“ tagsvorher, obgleich er sehr verpädet ausgegeben wurde, durch den „Schluß der Redaktion“ verhindert worden ist, die Rede im Zusammenhang mitzuhören, und daß es auch nicht hinlänglich klar war, inwieweit nachträglich eine Überarbeitung der Rede behufs Veröffentlichung derselben stattgefunden hat. Natürlich unter den üblichen Vorbehalten wurde die Meinung laut, daß die Auslassungen des Kaisers an einzelnen an sich schon sehr auffälligen Stellen viel schärfer und prägnanter im Ausdruck gewesen seien, als der Bericht des „Reichsanzeigers“ erkennen läßt. Ist das richtig, so muß man annehmen, daß die in Rede stehenden Stellen, namentlich die auf die sog. Hungercandidaten und auf die Lehrer bezüglichen, im Bericht abgeschwächt worden sind; allerdings ohne daß dieselben deshalb weniger auffällig geworden wären.“

Sowohl das Bild der Zukunftsschule, welches der Kaiser allerdings in sehr breiten Umrissen entworfen hat, schon jetzt im Widerspruch steht sowohl mit den tatsächlich bestehenden Schulsystemen als mit dem Grundgedanken der Fragen, welche der Cultusminister der Commission vorgelegt hat, wird der Rede für lange Zeit Stoff zu weitgehenden Erörterungen bieten. Sehr bemerkenswerth aber ist es, daß der Kaiser durch die Art, wie er der Gohler'schen Fragen erwähnte, die Annahme zurücktreten ließ, als ob dieselben vorher Gegenstand einer Verhandlung mit dem Cultusminister gewesen seien.

Zwischen den eigenen Gedanken und denjenigen des Cultusministers machte der Kaiser — so wurde vielfach geäußert — einen scharfen Schnitt.

Von diesem Standpunkte aus tritt auch das Lob, welches der Kaiser vor dem Beginn der Verhandlung dem Minister v. Gohler zu Theil werden ließ, in eine andere Beleuchtung.

Alles würde, so wurde geäußert, davon abhängen, inwieweit der Minister im Stande ist, im weiteren

Gange der Berathungen den Gedanken des Kaisers gerecht zu werden. Goweit es sich um die Reform des Unterrichtsplans der höheren Schulen handelt, enthält die Rede eine Reihe von Ausführungen, die in weiten Kreisen der Lehrenden, vor allem aber der Lernenden des unbedingten Besfalls sicher sein; aber der springende Punkt wird hier nicht die Reform als solche, sondern das Maß der Reform, das Maß der Entlastung der Gymnasien von dem sog. sprachlichen Ballast sein.

Vielleicht würde, wenn die Rede hier als Pfadweiser dienen sollte, von dem „klassischen“ Gymnasium und der „klassischen“ Bildung nicht gerade viel mehr übrig bleiben. Den Standpunkt, daß es nicht Gache der Schule sei, den Schüler für das praktische Leben vorzubereiten, sondern daß die Hauptsaache die „Gymnastik des Geistes“ sei — weiß die Rede mit großer Bestimmtheit zurück. Bisher war dieser Standpunkt bekanntlich der maßgebende und der Streit drehte sich nur darum, ob die klassischen Sprachen unentbehrlich und für alle notwendig seien, um diese Gymnastik des Geistes, d. h. die Befähigung zu den eigentlichen Fachstudien, zu schaffen. Fast noch schwerwiegender, vor allem von viel größerer unmittelbarer Wirkung sind die Erörterungen über das Berechtigungsweise, vor allem mit Rücksicht auf den Einjährig-Freiwilligen-Dienst. Jede Änderung, die hier eintrete, würde eine je nachdem größere oder kleinere Umwälzung bedeuten.“

Abgeklärt ist das Urtheil natürlich im gegenwärtigen Augenblicke über die Rede noch nicht und es kommen sehr verschiedenartige Ansichten selbst innerhalb derselben Parteien vor. Jedenfalls aber wird die kaiserliche Aeußerung einen lauten Wiederhall finden im ganzen Volke und in allen Schichten derselben, bei Alt und Jung, und der öffentlichen Discussion über die so überaus wichtige Schuleformfrage eine mächtige Förderung verleihen. Um so bedauerlicher ist es freilich, daß die Schulcommission hinter verschlossenen Thüren tagt und den Mitgliedern strengste Geheimhaltung zur Pflicht gemacht ist. Was könnte es schaden, wenn die Berathungen öffentlich stattfinden wie in den Parlamenten?

Die Debatte über das Schulgesetz in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist zwar glimpflicher verlaufen, und man hat dem Gohler'schen Entwurf eine viel sanftere Behandlung zu Theil werden lassen, als vorher erwartet wurde und verdient war. Trotzdem aber werden sich

wahrscheinlich diejenigen täuschen, die daraus die Hoffnung schöpfen, daß die Vorlage doch noch durchgebracht werden würde. Das dem Cultusminister aus dem Munde des Kaisers gespendete Lob steht gleichfalls außer Zusammenhang mit den Chancen des Gohler'schen Werkes, welches ein todgeborenes Kind ist und bleibt.

## Reichsausgaben für die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Infolge der am 1. Januar 1891 erfolgenden Inkraftsetzung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes hat das Reich bekanntlich, abgesehen von dem aus der Vergrößerung der Arbeitslasten in einzelnen Verwaltungen entspringenden Mehraufwande, auch eine unmittelbare Ausgabe als Zuschuß zu den von den Versicherungsanstalten aufzubringenden Rentenbeträgen zu zahlen. Dieselbe ist für das Jahr 1891/92 auf 6,2 Millionen veranschlagt. Sie ist jedoch nicht die einzige dem Reiche durch die Invaliditäts- und Altersversicherung auferlegte unmittelbare Leistung. Das Reich muß vielmehr in den verschiedensten Verwaltungsbezirken, wir nennen nur die Verwaltung des Reichsheeres, der Marine, die Post- und Telegraphenverwaltung, die Reichseisenbahnverwaltung, die Reichsdruckerei, das Reichsgefürstheitsamt, Normal- und Achungs-Commission, Reichs-Versicherungsamt, Physikalisch-technische Anstalt, als Arbeitgeber Beiträge für die betreffenden versicherungspflichtigen Arbeiter zahlen. Man kann diese Ausgabe für das Jahr 1891/92 auf etwa eine halbe Million Mark veranschlagen. Die vornehmlich dabei beteiligten Verwaltungen sind die des Reichsheeres mit 316000 Mark, die der Marine mit 44000, die Post- und Telegraphenverwaltung mit 45000 und die Reichs-Eisenbahnverwaltung mit 36000 Mark. Während der Reichszuschuß sich von Jahr zu Jahr bis zum Beharrungsfestadium steigern wird, würde die Ausgabe des Reichs als Arbeitgeber, soweit sie nicht durch die Vermehrung der versicherungspflichtigen Arbeiter bedingt ist, während der einzelnen Beitragsperioden auf gleicher Höhe bleiben.

## Biehainfuhr aus Österreich.

Der Bundesrat hat bekanntlich in seiner vorgestrigen Sitzung beschlossen, daß die Landesregierungen ermächtigt werden, die Einfuhr von lebendem Kindvieh aus Österreich-Ungarn in größere Städte, welche öffentliche Schlachthäuser esehen, zu gestatten, und zwar soll dies unter folgenden Bedingungen geschehen: daß die Thiere a. an der Grenze mit Ursprungs- und Gefundheitszeugniss sowie mit Bescheinigungen darüber versehen sein müssen, daß am Herkunftsor und in einem Umkreise von mindestens 20 Kilometer um denselben innerhalb der letzten drei Monate ein Lungeneuabschuss nicht aufgetreten ist.

b. beim Eintritt in das deutsche Gebiet durch beamtete Thierärzte untersucht und gesund befunden worden sind.

c. direct und ohne Umladung in plombirten Wagen bis zu ihrem Bestimmungsort mit der Eisenbahn übergeführt und dort auf einer für anderes Vieh nicht zu benutzenden Rampe ausgeladen werden.

d. dasselbst nur in einem unter ständiger Controle beamteter Thierärzte stehenden öffentlichen Schlachthäuser alsbald geschlachtet, bis dahin aber von anderem Vieh getrennt gehalten und aus dem Schlachthause lebend nicht entfernt werden,

e. wenn unter ihnen bei der grenznahen Untersuchung eine Seuche festgestellt wird, sämtlich von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden.

Indessen wird nach Meldung dieses Beschlusses mit der Einfuhr von lebendem Kindvieh erst dann begonnen werden können, wenn die Städte, deren Schlachthäuse für die Einfuhr offen stehen sollen, sowie die weiteren Bedingungen für die Einfuhr seitens der einzelnen Landesregierungen bekannt gegeben sein werden.

## Die Regierung von Tessin.

Der Commissario Küngli hat aus Bellinzona nach Bern telegraphiert, daß der grosse Rath das zwischen den tessinischen Parteiführern vereinbarte Gesetz für die Wahl des Verfassungsrates mit allen gegen vier Stimmen und drei Stimmenthaltungen angenommen habe. Die drei erledigten Sitzungen im Regierungsrath wurden bestimmt durch Soldati (cons.) mit 75, Colombi (lib.) mit 55, Rusconi (lib.) mit 71 Stimmen. Die Regierung besteht nunmehr aus drei Conservativen und zwei Liberalen.

Im ungarischen Abgeordnetenhouse brachte gestern der Abgeordnete Polonji zwei Beiflußanträge ein. Der eine geht dahin, der Ministrer für Landesverteidigung möge unverzüglich das Seelignete zur Gründung einer ungarischen Waffen- und Munitionsfabrik verfügen und dem Hause baldmöglichst darüber berichten resp. einen entsprechenden Gesetzentwurf unterbreiten. Der zweite Antrag wünscht die Enthandlung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern aus dem Parlamente behufs Unterforschung der Ursachen des Zusammenbruches der ungarischen Waffenfabrik. In der Debatte erklärte der Landesverteidigungsminister, in der letzten Zeit sei sowohl in der oppositionellen Prese als auch in mystischen Ausführungen einzelner Abgeordneten ein gewisser Verdacht ausgesprochen worden. Er wünschte klarstellung der Sachlage und bitte die Opposition, alle Thatfachen, die sie misse, vorzubringen. Er beabsichtige, falls von irgendwelcher Seite eine Incorrektheit begangen sei, dieselbe aufzustrennen und die gesetzeten Schritte zu ahnden.

## Die Trauerfeier für den ermordeten General Gelverstorff

hat gestern Vormittag in der russischen Kirche zu Paris stattgefunden. Der Präsident Carnot ließ sich durch den Oberstleutnant Toussa und den Schiffscapitän Maigret vertreten; ebenso hatten auch der Minister des Auswärtigen und der

Commandant von Paris Vertreter gesandt; außerdem waren das gesamte Personal der russischen Botschaft, sowie mehrere Generale und Mitglieder der südlichen Behörden anwesend. Abtheilungen der Infanterie, Cavallerie und Artillerie erwiesen bei der Feier die militärischen Ehren. Nach der Ceremonie in der Kirche wurde der Sarg nach dem Nordbahnhofe übergeführt, von wo derselbe nach Russland geforscht wird. Die Polizei war zu der Trauerfeier in starker Anzahl aufgeboten, weil der russischen Botschaft ein Drohbrief zugegangen war, wonach die Kirche während der Ceremonie in die Luft gesprengt werden sollte. Die Feier wie die Ueberführung der Leiche verlief ohne jeden Zwischenfall.

## Gladstone und die Iren.

Wie aus London telegraphirt wird, wurde die Deputation der irischen Abgeordneten gestern von Gladstone in der herzlichsten Weise empfangen. Gladstone befand sich in Gesellschaft des Unterhausmitgliedes für Nottingham, Arnold Morley, und conserierte mit der Abordnung über eine Stunde. Der Inhalt der Unterredung wurde bisher noch nicht bekannt gegeben.

## Colonialfragen im englischen Unterhause.

Im englischen Unterhause teilte gestern der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Fergusson mit, ein von dem Obercommissar der Capocolonia eingegangenes Telegramm bestätige substantiell die Zeitungsmeldungen über den Zusammenschluß der Portugiesen mit den südafrikanischen Gesellschaften. Die Regierung habe den Gegenstand noch nicht in Erwägung gezogen. Der Sultan von Witu sei noch gefangen und habe sich auch noch nicht ergeben. Die für seine Habhaftwerbung ausgejekte Belohnung bleibe in Kraft. Ferner erklärte Fergusson, soweit der Regierung bekannt sei, habe Holland keine Verlängerung der Frist für die Unterzeichnung der Brüsseler Konferenzeakte verlangt; eine solche Forderung könne nur an die Conference gerichtet werden. Die englische Regierung thue in Übereinstimmung mit den anderen Mächten Schritte, Holland zur Unterzeichnung zu veranlassen, aber es sei nicht möglich, die Natur dieser Schritte anzudeuten.

## Die argentinischen Finanzen.

Die gestrigen Londoner Morgenblätter veröffentlichten den von Lord Rothschild unterzeichneten Bericht der argentinischen Finanzcommission an den Gouverneur der Bank von England, welcher die bereits gemeldeten Vorschläge im wesentlichen bestätigt. Danach soll Argentinien für 3 Jahre der Notwendigkeit enthoben werden, Rimesen nach Europa zu senden, sich dagegen verpflichten, für 3 Jahre jährlich mindestens 15 Millionen Dollars Banknoten zu annullieren, so lange und wenn immer das Goldagio über 50 Prozent steht, ferner eine Sproc. Sterling-Anleihe, wahrscheinlich in der Höhe von 11 oder 12 Mill. Pfund Sterling, zu emittieren gegen Verpfändung der Solleinkünfte. Der Plan wird von der Commission nur unter der Bedingung befürwortet, daß das Abkommen der Regierung mit der Buenos-Aires water Supply and Drainage Company ratifiziert wird. In dem Bericht heißt es am Schluß, die Vertreter Deutschlands und Frankreichs hätten vorgeschlagen, Argentinien eine hinreichende Summe vorzuschicken, um es in den Stand zu setzen, die Coupons der nächsten 6 Monate einzulösen, und ferner eine internationale Commission nach Argentinien zu entsenden, um die Finanzlage zu studiren und der Regierung die Annahme fiskalischer Maßregeln zu empfehlen, welche im Interesse aller Gläubiger dringlich werden dürften. Da die englischen Delegirten diese Vorschläge nicht billigten, traten die Vertreter des Auslandes zurück.

Die Berliner Disconto-Gesellschaft veröffentlichte dagegen ein Communiqué, an dessen Schluß es heißt:

Sowohl von französischer wie von deutscher Seite war man bereit, in Vereinigung mit den englischen Interessenten unter Bedingungen, die näher bezeichnet wurden, bis zur Wirkung der neuen Zollgesetze der argentinischen Regierung zur Deckung ihrer laufenden Verpflichtungen in Europa einen Vorschuß zu gewähren. Doch bei der Verschiedenheit der Interessen konnte es zu keiner Verständigung über die beiderseitigen Vorschläge kommen, und die Vertreter der continentalen Interessen nahmen daher an den weiteren Berathungen den englischen Delegirten nicht mehr teil.

## "Leichte Ruhestörung" in Peru.

Der peruanische Consul in Liverpool hat gestern ein Telegramm des Ministers des Auswärtigen in Lima empfangen, welches dem Consul mittheilt, es hätte in Lima eine leichte Ruhestörung stattgefunden, welche aber durch die Truppen von Santa Catalina unterdrückt worden sei. Die Ruhe sei vollständig wieder hergestellt.

## Verhandlungen der Schulfrage-Commission.

Der "Reichsanzeiger" bringt nächst der Rede des Kaisers über die vorgebrachten und gestrigen Verhandlungen noch folgenden Bericht:

Mit Genehmigung des Kaisers wurde hierauf zum Gegenstand der Tagesordnung übergegangen. Auf derselben steht die Frage:

Lässt sich für die bestehenden drei Schularten (Gymnasiale, realgymnasiale, lateinlose) oder für zwei derselben ein gemeinsamer Unterbau herstellen? Empfiehlt es sich für den letzteren Fall

a) die zur Zeit schon für die drei unteren Klassen des Gymnasiums und Realgymnasiums bestehende Gemeinsamkeit bis zur U.-ter-Seconda (inclusive) auszudehnen, während von Ober-Seconda auswärts der Lehrplan der Ober-Realschule eintritt?

(Verbindung des Realgymnasiums mit dem Gymnasium.)

b) oben das Latein an dem Realgymnasium bis zur Unter-Tertia hinaufzuschieben und die drei lateinlosen unteren Klassen zu einer höheren Bürgerschule auswärts zu ergänzen?

(Verbindung des Realgymnasiums mit der höheren Bürgerschule.)

Als Referent zu dieser Frage sprach Gymnasiadirector Prof. Dr. Uhlig aus Heidelberg, indem er die Vortheile und Nachtheile der Einheitsschule unter vielfacher Bezugnahme auf die im Auslande bestehenden Einrichtungen eingehend erörterte. Den Inhalt seiner Ausführungen sahle er in folgender These zusammen:

"Eine Schulgestaltung mit gemeinsamem Unterbau für alle drei Schularten ist nicht zu empfehlen. Die manngfachen Vortheile, welche viele von dieser Organisation erwarten, werden sich zum größten Theil nicht ergeben. Der Gewinn aber, welcher etwa von ihr erhofft werden könnte, wiegt den Schaden nicht auf, en sie sicher bringen würde."

Um 1 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

In den Freitags-Sitzung wurde die Berathung der Frage wegen Herstellung eines gemeinsamen Unterbaues für die bestehenden Schularten fortgesetzt. Den Vorsitz führte der Ministerial-Director Wirkliche Geheime Ober-Regierungs-Rath de la Croix.

Zur Ergänzung seiner Ausführungen vom Tage vorher sprach zunächst nochmals Gymnasiadirector Uhlig, indem er der im Bericht über die gestrige Sitzung bezeichneten These als zweite These an die Seite setzte:

Wenn auch keine der beiden unter 2a und 2b (der Fragestellung) bezeichneten Combinationen als eine Schulgestaltung angesehen werden kann, deren durchgehende Einführung erstrebenswert erscheine, so bieten sie doch beide einige eigentümliche Vortheile, welche empfehlenswert auszuführen, sondern je nach den örtlichen Bedürfnissen hier die eine, dort die andere zuzulassen.

Als Mitberichterstatter nahmen das Wort der Gymnasiadirector Geheime Ober-Schulrat Professor Dr. Schiller aus Gleichen und der Realgymnasial-Director Dr. Schlee aus Altona. Ersterer begründete unter eingehender Erläuterung eines speziellen Lehrplanes folgende Thesen:

1) Eine definitive Ordnung des höheren Schulwesens wird nur zwei Schularten zu belassen haben, das reformierte Gymnasium und die lateinlose Real- und Ober-Realschule. Die bestehenden Realgymnasien würden sich nach den örtlichen Bedürfnissen in Gymnasien oder in Ober-Realschulen verandern.

Da die vorgeschlagene Umgestaltung in Folge der nothwendigen Versuche voraussichtlich einige Zeit beanspruchen würde, so empfiehlt sich, wenn aus sozialen und wirtschaftlichen Rücksichten ein möglichst weitgehender Unterbau nothwendig erscheinen sollte, und unter der Annahme, daß zunächst das Realgymnasium als besondere Schulgattung erhalten bleiben wird,

2) die Verbindung von Realgymnasium und Gymnasium wegen der Einsichtlichkeit der Ausführung und wegen der sofortigen Möglichkeit etwa nötig erscheinender Versuche am meistens. Es liege sich ein gemeinsamer Unterbau bis OIII einschließlich nach dem angeschlossenen Plan herstellen; dabei wären von UIII ab Englisch und Griechisch einzuführen, von III ab würde für das Realgymnasium im Wesentlichen der Lehrplan der Ober-Realschule durchzuführen sein.

3) Eine solche Vereinigung würde sowohl dem Gymnasium als dem Realgymnasium sofort erhebliche Vortheile bringen, eine künftige etwaige Überleitung zur Herstellung eines gemeinsamen Unterbaues bis zur VI oder V vorbereiten und erleichtern und den Anschluß der lateinlosen höheren Bürgerschule an die Oberstufe des Realgymnasiums (von III ab) gestalten.

4) Die Zurückziehung des Lateinischen nach UIII und die Ergänzung der lateinlosen unteren Klassen zu einer höheren Bürgerschule auswärts würde zwar der ursprünglichen Entwicklung der Realschule mehr entsprechen. Aber sie hat den Nachteil, daß sie auf der oberen Stufe die Concentration auf die neuere Sprachen erschwert, ebenso wenig wird durch jene Einrichtung das entstehende Übergewicht eines Lehrgegenstandes durchgehends herbeigeführt.

Realgymnasial-Director Dr. Schlee stellte folgende Thesen auf:

1) Die Überlastung der Gymnasien mit ungeeigneten Schülern, übergroßer Indrang zu den gelehrteten Berufskästen, namentlich aber die versetzte Schulbildung bei der großen Mehrzahl der vom Gymnasium abgehenden Schüler fordert eine Schuleinrichtung, welche die Trennung der Schularten und die Wahl zwischen denselben auf eine spätere Stufe verschiebt, ohne daß einerseits die geeignete Vorbildung für einen gewerblichen Beruf versäumt und andererseits eine spätere Vorbereitung für ein akademisches oder technisches Studium unmöglich gemacht wird: einen den höheren Schulen gemeinamer Unterbau.

2) Es empfiehlt sich, den gemeinsamen Unterbau für mehrere höhere Schulen auf Grund einer neueren Sprache zu errichten. Insbesondere ist die französische Sprache zu dem Zweck geeignet.

3) Das dem lateinischen Unterricht auf den Realgymnasien durch die Lehrpläne von 1882 gesteckte Ziel läßt sich ohne Schwierigkeit erreichen, wenn dieser Unterricht in Unterteria begonnen wird und in jeder Klasse mindestens sechs Stunden wöchentlich erhält.

4) Der Unterbau eines solchen Realgymnasiums eignet sich auch zum Unterbau eines humanistischen Gymnasiums.

5) Wo eine höhere Bürgerschule die einzige höhere Bürgerschule des Ortes ist und nur wenige Schüler später ein Realgymnasium oder Gymnasium besuchen sollen, empfiehlt es sich, an der Anstalt einen facultativen Unterricht im Lateinischen anzubringen und bagegen Erleichterung in anderen Gegenständen zu gewähren.

6) Damit Unter-Secondaner einer solchen höheren Bürgerschule auch in die Ober-Seconda eines Gymnasiums eintreten können, empfiehlt es sich, einige Gymnasien in kleineren dazu besonders geeigneten Orten in solche aus höherer Bürgerschule und Ober-Gymnasium zusammengeführte Anstalten umzuwandeln und mit denselben ein Internat zu verbinden, das namentlich befähigte Söhne von Beamten, welche kein Gymnasium in ihrer Nähe haben, Aufnahme unter erleichternden Bedingungen bieten kann.

In der hieran anschließenden Debatte bemerkte Geheimer Ober-Regierungs-Rath Stauder, daß die Commissare des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten sich in ihren Aeuferungen auf thätsächliche Berichtigungen und Erläuterungen beschränken würden, welche den Gang der Verhandlungen zu fördern geeignet wären. Er thätigte mit, daß der Cultusminister geneigt sei, in der Aufführung der Lehrpläne nach individuellen und provinziellen Verhältnissen eine gewisse Freiheit der Bewegung zu gestatten.

Geheimer Ober-Regierungs-Rath Dr. Wehrenpennig erläuterte hierauf die den Conferenzmitgliedern vorgelegten statistischen Tabellen.

Der Commissar des landwirthschaftlichen Ministeriums erörterte hierauf die Stellung des Gymnasiums im Verhältniß zu den Anforderungen des Erwerbslebens, Geheimer Medizinalrath Prof. Dr. Birchow im Verhältniß zu den Anforderungen des medizinischen und naturwissenschaftlichen Studiums. An der weiteren Discussion beteiligten sich aus der Mitte der Versammlung die Herren Directoren Holzmüller und Frisch, Geheimer Ober-Regierungs-Rath Dr. Himpeler, Abt D. Uhlhorn, Fürstbischof Dr. Kopp, die Directoren Jäger und Matthias sowie der Dr. Grönig und Geheimer Regierungs-Rath Ende.

## Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 5. Dezember.

Erste Berathung des Gesetzentwurfes betr. die öffentliche Volkschule.

Minister v. Gohler: Der vorliegende Gesetzentwurf ist die Erfüllung eines seit Jahrzehnten gehaltenen Wunsches und die nothwendige Consequenz anderer Ihnen vorausgehender Gesetzentwürfe. Die Schulaufsicht, welche bereits durch das Schulaufsichtsgesetz geregelt ist, erneut hier zur Erörterung zu stellen, hat kein Anlaß vorgelegen. Hauptfächlich handelt es sich bei diesem Gesetz um die Schulunterhaltung und deren Träger. Alle Einzelheiten der Schulorganisation greifen ja tiefs in den Gütek der Schulunterhaltungspflichtigen hinein: die Lehrmittel, die Zahl der Lehrer, die Frage der confessionellen Schulen u. s. w. In Ansehung der Verfassung wird der vorliegende Entwurf sich jeder berechtigten Kritik unterwerfen. An der Auskunftspräferenz ist schon mancher Anlauf gescheitert und auch jetzt wird man sich, wie ich glaube, ohne Austragung der leichten Prinzipien einigen können. — Was die Einzelheiten des Gesetzes anlangt, so stellt dasselbe sämtliche Volksschulen auf kommunale Grundlagen, sämtliche äußeren Angelegenheiten, die Schulosten, regelt die Gemeinde. Der Entwurf giebt allerdings den Gemeinden nicht überall alle die Rechte, welche die Gemeinde an einzelnen Orten im Staate hat. Aber eine Verkümmерung der Mitwirkung der Gemeinde, von der der Gemeinbeschulrat und die Schuldeputation nur Organe sind, ist von der Regierung nicht beabsichtigt. Auch Lehrer können in dem Schulvorstande sitzen. Geistliche müssen sogar im Schulvorstand sitzen. Was die Vermögensverwaltung betrifft, so ändert sich durch dieses Gesetz nur der Träger des Schulvermögens. In der Presse ist von einer Entlastung der Schulunterhaltungspflicht der Gutsbezirke gesprochen, mit Unrecht, nur da ist dies, und zwar berechtigter Maßen der Fall, wo der Guts-herr bisher mit doppelten Kosten gestrichen gewesen ist, indem er für die Schulaufgaben einer Gemeinde hat aufkommen müssen, in der er nicht einen einzigen Quadratfuß Landes besitzt. Was die Gemeinden anlangt, so verschieben sich zwar hier die Schulosten zum Theil, aber man darf doch nicht vergessen, in welch bedeutendem Umfange der Staat seit einigen Jahren die Gemeinden durch Uebernahme von Schulosten erleichtert hat. Sehr angefochten hat man die angebliche Omnipotenz des Schulaufsichtsbehörde, aber mit Unrecht, denn man darf nicht übersehen, wie sich in diesem Gesetz die Zusammensetzung der Schulaufsichtsbehörde ändert durch erhöhte Mittheranziehung der Selbstverwaltungsbehörden. Die Schulaufsichtsbehörde hat in den verschiedensten wichtigen Beziehungen — Statuten des Vorstandes, Wahlen, so gar bei Bildung der Schulbezirke — keinen Einfluß, sie ist ferner überall gebunden an die Zustimmung der kommunalen Aufsichtsbehörde, des Bezirksausschusses. Dabei muß man sich doch vor Augen halten, daß die Schule niemals eine reine Communalanstalt sein darf, wie etwa eine Kasanstalt. Der Staat hat an der Schule ein zu großes Interesse. Jedenfalls ist nicht eine Beeinträchtigung des Gemeindelebens in Schulischen beabsichtigt. Ich bin auch bereit zum Entgegenkommen überall, wo sich Mängel im Gesetz zeigen, die ausgelöscht werden können. Ich verlasse dies Thema und komme auf den Religionsunterricht. Dieser muß unbedingt in der Volksschule seinen Platz haben. Der gegenwärtige Gedanke ist bei der Regierung völlig ausgeschlossen. Die Verfassung fordert eine confessionelle Ausgestaltung des Religionsunterrichts. Auch dem trägt der Gesetzentwurf Rechnung in ausreichendstem Maße. Was nun die Leitung des Unterrichts anlangt, so besagt der Entwurf, daß die Lehrpläne festgestellt werden im Einvernehmen mit der geistlichen Behörde. Da wird nun behauptet: bleibt ein solches Einvernehmen aus, so tritt wieder die Schulaufsichtsbehörde ein. Diese Annahme ist unlogisch. Findet kein Einvernehmen statt, so bleibt es eben beim Alten, denn die bisherigen Lehrpläne bestehen ja eben gemäß Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden. Für die Stellung der Lehrer sind allgemeine Normen gegeben, um den vorgekommenen unerträglichen Differenzen zwischen Lehrern und Gemeinden ein Ende zu machen. Ein Hauptfach bei dem Entwurf ist, daß das Stellen-Einkommen nicht mehr zur Pension anderer herangezogen werden kann. Ich hoffe, die Commission, welche dieses Gesetz berathen wird, wird sich mit dem Geiste und der Treue erfüllen, welche die Bearbeiter dieses Gesetzes geleistet haben. Alsdann wird dasselbe kommen, wenn dieses neue System angenommen wird; aber zahlreiche Blätter und Blüthen, welche der alte Stamm trieb und an denen das Herz sich freute, werden absallen und verwelken, wenn diese Vorlage Gesetz wird. (Beifall links.)

Abg. Brüel (Welle): Wir können zu dem vorliegenden Entwurf eine freundliche Stellung nicht einnehmen; denn derje schlägt revolutionäre Wege ein (Gehrigt! im Centrum) und führt zur Omnipotenz des Staares. Von den Fragen, die zu lösen waren, ist kaum eine gelöst, und die gelösten sind es nicht in unserem Sinne. Das Gesetz ist zu bureaukratisch, der Schulaufsichtsbehörde sind zu weite Befugnisse eingeräumt. Die Entscheidung über das Gehalt der Lehrer liegt ohne Schranken in den Händen der Aufsichtsbehörden. Die Bestimmungen über die Anstellung der Lehrer werden zu vielen Missstimmungen in den Gemeinden führen. Das Gesetz bestätigt ohne weiteres alle geistlichen Präsentationen ohne Rücksicht auf die Leistungen, die bisher gewährt sind, oder in Zukunft gewährt werden müssen. Bei der Confiscation des Schulvermögens werden vielfach ausdrückliche Bestimmungen, welche der Stifter bei Stiftungen getroffen hat, verletzt werden. Es wird außerdem oft Vermügen, das einer Concession gehörte, in den Haupfkästen für eine andere Concession verbraucht werden. In Bezug auf die Concession des Lehrers vermissen ich in dem Entwurf jede Bestimmung. Der Minister kann das nach wie vor halten, wie er will. Die Leitung des Religionsunterrichtes seitens der betreffenden Religionsgesellschaft ist nicht genügend gesichert. Ebenso ist es in die Altstadt der Schulverwaltung gelegt, für eine confessionelle Minorität von Andern besondere confessionelle Schulen zu errichten oder nicht während in den früheren Entwürfen für bestimmte confessionelle Minoritäten confessionelle Schulen errichtet werden mußten. Soll dies Gesetz annehmbar zu sein, müssen wir ein Doppeltes verlangen: Abschaffung der Simultanschulen nicht gegen den Willen der Gemeinden und Verhinderung der Auseinandersetzung guter Schulen bloß wegen des confessionellen Zweckes. Die Formulierung dieser beiden Voraussetzungen wird höchstlich gelingen. Die ungenügende Beeinträchtigung der Selbstverwaltung gefällt auch uns nicht; wir werden hier möglichst zu amenden versuchen. Die heute erhobenen Einwendungen lassen die Zweifel an dem Zustandekommen des Gesetzes sichtlich schwanken; mit dem Gesetze bekommen wir jedenfalls an Stelle der bisherigen Ministerwillkür festgelegte Verhältnisse.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Sonnabend vertagt.

An einem besonders hält die Vorlage mit Recht fest, nämlich, daß die Schule dem Staate gehört und auf diesem Gebiete sowohl die Autonomie der Kirche wie der Gemeinde ausgeschlossen wird. Richtig ist es auch gewesen, daß das Kapitel der Schulaufsicht in den Entwurf nicht aufgenommen worden ist. Nicht ganz unbegründet ist die Furcht vor einer etwas zu bureaukratischen Schulverwaltung, aber einige Bestimmungen des Entwurfs, welche nach dieser Richtung hin bedenklich sind, lassen sich in der Commission beseitigen. In Bezug auf den Anteil des Clerus — der dem Centrum hauptsächlich am Herzen liegt — an der Schulleitung können wir nicht ganz so weit gehen, wie der Entwurf, weil derje weniger die Autorität des Lehrers, als die des Geistlichen wahrt. Über die Simultanschulen wird noch einer meiner Freunde besonders das Wort nehmen. Ich bemerke nur, daß ich und meine Freunde wünschen, daß noch vorhandene kleine Rest von Simultanschulen möge erhalten bleiben. Zu wünschen ist ferner, daß nicht nur das Minimum der Alterszulagen festgelegt wird, sondern auch das Maximum des Grundgehalts. Auch ist für die Lehrerinnen nicht genügend georgt. Zur Gewährung von 10 Millionen für Schulbauten sind meine Freunde geneigt, doch sind sie nicht gewillt, diese 10 Millionen auf die lex Huene anzuweisen. Darin hat der Abg. Richter Recht, daß diese Schulbauten hauptsächlich dem Osten zugute kommen würden; aber auf diesem Gebiete ist es nicht richtig, die Gegenseite der Interessen so in den Vordergrund zu stellen.

Abg. Reichensperger (Centrum) kann nicht umhin, seine Bedenken darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die §§ 17 und 45 der Vorlage betr. die Leitung des Religions-Unterrichts und den Uebergang des Vermögens von Schulinstanzen auf die Schulgemeinden nicht mit der Verfassung im Einklang ständen. Die Commission werde hierüber sorgsame Erwägungen anstellen.

Abg. Wessel (Freicons.) bekämpft die Ausführungen der Abg. Brüel und Reichensperger. Seine Partei verlangt eine stärkere Beeinträchtigung der Organe der Selbstverwaltung, besonders auf dem Lande; sie fordert, daß die Rechte der Gemeinden gegenüber übertriebenen Anforderungen der Schulaufsichtsbehörde an ihre Leistungsfähigkeit mehr zur Geltung kommen. Im ganzen steht sie der Vorlage sympathisch gegenüber. Sie sei auch bereit, in Bezug auf die lex Huene Concessions zu machen, wenn das Zustandekommen des Gesetzes davon abhängt. An wen die Überweisung erfolgen soll, müsse sie sich durchaus vorbehalten. (Beifall rechts.)

Abg. Bösel (Freis.). Auf unserer Seite wird die Erfüllung einer alten Forderung der Verfassung immer mit Freude begrüßt. Wir sind mit Brüel der Meinung, daß auch das Privatschulwesen in dieses Gesetz mit hineingehört. Wir sind einverstanden mit der Bestimmung der Stellung der Lehrer, wir freuen uns über den Wegfall der Schulgelder und der buntstechigen Vielfältigkeit der bisherigen Träger der Schulaufsicht, an deren Stelle die Gemeinden treten sollen. Unser wesentlichsten Bedenken richtet sich gegen die Concessionalität in den Volksschulen. Jeder Religionsunterricht muß ja ein confessioneller sein, aber die Vorlage geht zu weit. Danach kann der Leiter des Religionsunterrichts, den die Kirche hineinsicht, beliebig den Unterricht unterbrechen, Fragen an die Kinder und den Lehrer stellen, so sogar direkt an, in anderer Art den Unterricht zu erheben. Das kann nur verderblich wirken und Collisionen herbeiführen. Dann wäre es besser, wie es in Österreich ist, daß ein confessioneller Religionsunterricht besteht, die ganze Befreiung des Religionsunterrichtes den Religionsgesellschaften zu überlassen, sonst aber den ganzen Unterricht dem Einfluß der Kirche ganz zu entziehen. Gerade die Unabhängigkeit der Schule von der Kirche wollen wir, und damit stehen wir diametral den Forderungen des Centrums gegenüber. Das Nebenamt von Mitgliedern verschiedener Confessionen hat sich aber in der Berliner Schuldeputation, wo neben dem evangelischen Superintendenten der katholische Probst und auch ein Jude steht, gut bewährt. Das protestantische Berlin nimmt keinen Anstoß daran, daß sein Oberbürgermeister und sein Stadtverordnetenvorsteher katholisch sind, und Herr Brüel liefert uns ja ein leuchtendes Beispiel, daß es sehr wohl möglich ist, daß ein guter Protestant in der engsten Gemeinschaft mit seinem katholischen Mitbürgern zusammenarbeiten kann. (Heiterkeit. Beifall.) Entschieden zu verurtheilen ist die Befreiung der Simultanschulen. Das Staatsinteresse wird geschädigt, wenn in der Einrichtung der confessionellen Schulen an den Simultanschulen gewissermaßen anerkannt wird, daß die Kirche nicht bloß den Religionsunterricht bildet, sondern auch das ganze Schulwesen zu durchdringen hat. Zur Liebe zum Ganzen gehört doch, daß die Bevölkerungsklassen unter sich einig sind, und eine solche Einigkeit kann nicht besser hergestellt werden, als wenn man sie lehrt, von Kindheit an sich mit einander zu vertragen, statt daß bei Kindern verschiedener Confessionen von Anfang an eine künstliche Trennung aufrecht erhalten wird. Auch das Schulinteresse spricht für Simultanschulen. Jetzt hat die Schulbehörde das Recht, mehrklassige Schulen auseinander zu reihen, wenn eine entsprechende Minderheit von Schülern einer anderen Concession da ist. Die Befreiung der Schulaufsichtsbehörde ist um so bedenklicher, als die Gemeinde nach der Vorlage garnicht besagt zu werden braucht. Wenn man die Gemeinden zu Trägern der Schulosten macht, so müssen den neuen Laufen auch entsprechende Rechte gegenübergestellt werden, ähnlich wie z. B. bei der Übertragung der Armenlasten. So weit geht die Einschränkung der Gemeinden bei der Verwaltung des Mobilienvermögens und bei der Lehrerpensionierung; desgleichen kommen die Gemeinden bei der Anstellung der Lehrer leicht weg. Der Schulvorstand nach der Vorlage hat nicht entfernt den Charakter der heutigen Schuldeputation, er ist vorwiegend bureaukratisch, kein communes Organ; die Volksschule würde durch diesen Wechsel schwer geschädigt werden. Es würde übertrieben sein, zu sagen, daß die Volksschule in den Städten ruiniert würde, wenn dieses neue System angenommen wird; aber zahlreiche Blätter und Blüthen, welche der alte Stamm trieb und an denen das Herz sich freute, werden absallen und verwelken, wenn diese Vorlage Gesetz wird. (Beifall links.)

Abg. Friedberg (nat.-lb.): Der Hauptstreitpunkt der Concessionalität hat schon heute sich als solcher erweisen. Uns ist das confessionelle Princip zu sehr in den Vordergrund gestellt. Am bedenklichsten erscheint § 15, wonach bei 60 Schülern einer Concession besondere Schulen eingerichtet werden sollen. Um diesen § 15 annehmbar zu sein, müssen wir ein Doppeltes verlangen: Abschaffung der Simultanschulen nicht gegen den Willen der Gemeinden und Verhinderung der Auseinandersetzung guter Schulen bloß wegen des confessionellen Zweckes. Die Formulierung dieser beiden Voraussetzungen wird höchstlich gelingen. Die ungenügende Beeinträchtigung der Selbstverwaltung gefällt auch uns nicht; wir werden hier möglichst zu amenden versuchen. Die heute erhobenen Einwendungen lassen die Zweifel an dem Zustandekommen des Gesetzes sichtlich schwanken; mit dem Gesetze bekommen wir jedenfalls an Stelle der bisherigen Ministerwillkür festgelegte Verhältnisse.

Hierauf wird die weitere Berathung auf Sonnabend vertagt.

## Deutschland.

1. Berlin, 5. Dez. Die Commission für die Gewerbevolkscole hat heute die zweite Lesung zu Ende geführt und eine Redaktionscommission bestehend aus den Abg. Dr. Gutsleisch, Dr. Hartmann und Letho mit der formalen Revision der Beschlüsse beauftragt. Die Verlesung des Berichts, welchen der Abg. Hiltz erstattet, wird nach Weihnachten stattfinden und dann wird auch die Schlusstimme über das Ganze der Vorlage erfolgen. Am Schlus der heutigen Sitzung dankte der Abg. Schmidt-Ebersfeld dem Vorsitzenden Graf

Schröder), ist am 8. Dezember d. J. in Münzen eingetroffen und beabsichtigt am 22. d. J. nach Gmunden in See zu gehen. — Das Kreuzergerichtswater, bestehend aus den Schiffen „Leipzig“ (Flaggschiff), „Sophie“ und „Alexandrine“ (Geschwaderchef Contre-Admiral Valois), beabsichtigt am 10. Dezember d. J. von Wellington (Neuseeland) nach den Marshallinseln in See zu gehen. — Der Kreuzer „Möve“ (Commandant Corvetten-Capitän v. Hulsen), ist am 4. Dezember d. J. in Gibraltar eingetroffen und beabsichtigt am 7. d. J. nach Alegandrien zu gehen.

A. 7. Dezbr. Danzig, 6. Dezbr. M. A. 155.  
G. A. 8.6. U. 337. Wetteraussichten für Sonntag, 7. Dezember, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Nebel, trübe, frostig; später vielfach heiter. Frischer Wind.

\* [Herr v. Hepp und die Danziger Oberbürgermeisterwahl.] Dieses Thema hat Monate lang einen großen Theil der deutschen Presse beschäftigt und es haben dabei keineswegs nur die freisinnigen Zeitungen, gegen deren „Lebhafte Angriffe“ die in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichte Erklärung gerichtet ist, gegen Herrn v. Hepp Stellung genommen, sondern auch der überwiegende Theil der nationalliberalen Presse, Organe der Centrumspartei, der freikonservativen und selbst der conservativen Partei haben ihrem Unmut oder ihren Bedenken über die höchst auffälligen Danziger Vorgänge mehr oder minder offen und deutlich Ausdruck gegeben, einzelne carlsparteiliche Organe sicher nicht weniger entschieden und scharf in Ton und Urtheil, als die Mehrzahl der freisinnigen Blätter. Dass diese Vorgänge in den gegenwärtig maßgebenden Regierungskreisen in Berlin eine sympathische Aufnahme nicht fanden, galt längst als zweifellos. Als nun Herr Regierungspräsident v. Hepp durch allerhöchste Ordre vom 25. November einen neuen Wirkungskreis im äußersten Westen der Monarchie, also in möglichst weiter Ferne von Danzig angewiesen erhielt, war nichts natürlicher, als dass jedermann an eine gemischt Verbindung dieser Versetzung mit jenen Vorgängen glaubte, zumal in Danzig, wo man doch auch nach der Oberbürgermeisterwahl noch eigenhümliche Erscheinungen zu beobachten Gelegenheit hatte, die sich hier schwerlich jemand als bloßen Zufall erklären lassen wird. Herr v. Hepp stand hier stets in sehr naher Verbindung mit der conservativen Partei und es fehlt nicht an Anzeichen dafür, dass die kommunalen Beiträge des Organs derselben, so haltung und durchsichtig dieselben auch oft genug waren, den Gegenstand seiner aufmerksamen Lectüre gebildet haben. Wir erinnern nur an den Inhalt des bekannten, von Hrn. v. Hepp unterzeichneten Schreibens des Bezirks-Ausschusses vom 6. Sept. War es nur Zufall, dass verschiedene Sätze dieses Schreibens im Inhalt eine so merkwürdige Übereinstimmung mit den Ausführungen zeigten, welchen man in dem erwähnten Presbierorgan und dem ihm in der Bürgermeisterwahl-Angelegenheit eifrig secundirenden hiesigen Centrumsorgan vorher begegnet war, dass jene Blätter sich offen für die Aneignung ihrer Argumentationen durch den Bezirks-Ausschuss bedankten? Als gleichwohl die Stadtverordneten-Versammlung diesen Ausschreibungen die Anerkennung und Berücksichtigung versagte und fast einmütig Hrn. Dr. Baumbach als den ihr durchaus vertrauenswürdig und qualifiziert erscheinenden Kandidaten wählte, da erging an seinen Kreisen, deren Anwälte die erwähnten Presbierorgane bisher gemeinsam der Appell an die Gemeindewähler, um ihrerseits durch Opposition gegen die Wiederwahl der bisherigen Stadtverordneten Protest gegen Dr. Baumbachs Berufung auf den Danziger Oberbürgermeisterposten zu erheben. Man gab ziemlich unverblümmt zu verstehen, in welcher Weise man diesen „Protest“ zu verwerten trachte. Auch diese Absicht ist zwar kläglich gescheitert, denn — was unseres Wissens in Danzig seit 30 Jahren nicht vorgekommen — alle 20 ausscheidenden Stadtverordneten, ohne jede Ausnahme, wurden wiedergewählt, obwohl die „Protest“-Segner noch durch Segnenschaft aus besonderen kommunalwirtschaftlichen oder die Interessensphäre beruhenden Gründen Unterstützung erhielten. Aber an dem guten Willen, dieser Protest-Idee zum Siege zu verhelfen, hat es in den Herrn v. Hepp amlich nahe stehenden Kreisen nicht gefehlt. Eine Statistik über die Gladverbündeten-Wahlen vom 3.—12. November wurde dazu eine interessante Illustration liefern, insbesondere wenn man die von den Polizei- und Verwaltungsbeamten bestimmter Ressorts für die Protest-Candidaten abgegebenen Stimmen zusammenstellen und Untersuchung über die „Ordres“ anstellen wollte, auf die sich einzelne dieser Wähler — ob mit Recht oder Unrecht, lassen wir dahingestellt — ihren Mitwählern gegenüber befreien.

Herr Regierungspräsident v. Hepp vermahnt sich in seiner durch die „Nordd. Allg. Zeitung“ veröffentlichten Erklärung entschieden dagegen, dass die Absendung des Berichts über die Oberbürgermeisterwahl an die höhere Instanz eine beabsichtigte Verzögerung erfahren habe. Absichten lassen sich meistens schwer beweisen und noch schwerer widerlegen. Wir verzichten auf jeden Versuch nach der einen wie nach der anderen Richtung und wollen es als seltames Wollen des Zufalls hinnehmen, dass in dem am 28. Oktober, also 6 Tage vor Beginn der oben charakteristischen Stadtverordnetenwahlen, Herrn v. Hepp zugegangenen Bericht erst genau 6 Tage nach Beendigung dieser Wahlen der Nachweis über formell richtige Berufung und ordnungsmäßige Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Oktober vermisst wurde, denn erst am 19. Novbr. ist das Verlangen, diese Nachweise zu führen, dem Magistrat zugegangen. Dieselben hatten u. S. auch ohne eine solche Weiterleitung leicht beschafft werden können, da die Einladungen zu jeder Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung und deren Tagesordnung, demnächst auch das Protokoll über jede Sitzung aus dem sich der Nachweis der vermisschten Formalien ergiebt, durch das in den Büros der kgl. Regierung doch sicher vorhandene „Intelligenzblatt“ offiziell publicirt werden. Es hätte dann vielleicht nicht erst der Erinnerung des Ministers bedurft, die hier am 23. November, also zwei Tage vor Erlass des Verssekungsdecrets angekommen sein soll. Die Rückfrage vom 19. November ist übrigens die einzige, welche die städtischen Behörden nach vollzogener Wahl erhalten haben. Die von Herrn v. Hepp nach seiner Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ vermittelten Unterlagen zur Beurteilung der Frage, ob der Gewählte auch die

senigen Eigenschaften besitzt, welche die Voraussetzung für die Verwaltung des höchsten Gemeindeamts der hiesigen Stadt sein müssen, sind von den städtischen Behörden nicht begehrt worden. So ganz fremd, als es nach der Erklärung des Ansehens gewinnt, können sie ja auch insbesondere Herrn v. Hepp nicht gewesen sein, denn gerade er kannte Herrn Dr. Baumbach früher als fast alle Mitglieder der städtischen Behörden und vielleicht auch eingehender als viele derselben. Der Kreis Schleusingen, in welchem Herr v. Hepp früher als Landrat wirkte, grenzt direkt an den Sonneberger Kreis, den Herr Baumbach schon damals verwalte. Sollten der preußische und der meiningerische College einander so fremd geblieben sein? Die Thatsache, dass Dr. Baumbach, dessen Personalien durch seine parlamentarische Wirklichkeit und seine Wahl zum Vicepräsidenten des Reichstages doch wohl nicht verschleiert worden sind, einen seiner ersten Besuche bei der Vorstellung in Danzig Ende August seinem früheren preußischen Collegen, Herrn Regierungspräsidenten v. Hepp mache, spricht wenigstens nicht dafür.

Herr v. Hepp hat heute seine hiesige Wirklichkeit abgeschlossen. In einer durch das heutige Amtsblatt veröffentlichten Abschiedsansprache, die wir allerdings schon einige Tage vor ihrer Veröffentlichung in dem conservativen Organ gelesen haben, dankt Herr v. H. für das vertrauensvolle Entgegenkommen, das ihm aus weiten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht worden sei. Man pflegt Vertrauen mit Vertrauen zu erwiedern. Dass dies in höherem Maße seitens des Herrn v. Hepp der städtischen Verwaltung seines bisherigen Amtsortes gegenüber geschehen wäre, ist ein unerfüllter Wunsch seiner hiesigen Amtsführung geblieben. Dem Gedanken der bürgerlichen Commune, welches zu fördern auch die Staatsregierung wohlverstanden, ist damit schwerlich gedient worden und die Größe und Hohheit der Staatsidee hat dabei wahrlich auch nicht gewonnen.

\* [Lehrerinnenprüfung.] Von dem Provinzial-Schulcollegium ist die Abgangs-Prüfung an der mit der hiesigen Victoria-Schule verbundenen Lehrerinnen-Bildungs-Anstalt für das Jahr 1891 auf die Lage vom 20. bis 27. Februar, und zwar die schriftliche Prüfung auf den 20. und 21. Februar und die mündliche Prüfung auf den 25., 26. und 27. Februar anberaumt worden.

\* [Schulferien.] Für die hiesigen Mittel- und Volkschulen beginnen die Weihnachtsferien am 20. Dezember Mittags. Sie dauern 14 Tage und es beginnt die Schule wieder Montag, den 5. Jan. 1891.

\* [Unfälle.] Die Witwe Florentine G. von hier glitt gestern auf der Straße aus, fiel nieder und zog sich einen Bruch des linken Unterarms zu. — Die gleiche Verletzung erlitt der Hausdiener Friedrich D. von hier gestern beim Beladen eines Wagens mit Säcken durch einen Fall von dem Wagen. — Einen Bruch des linken Unterschenkels erlitt der Arbeiter Franz B. von hier, welcher auf einem Hofe ausglitt und niedergestürzte. — Sämtliche Verunglückte fanden Aufnahme im südlichen Lazarett in der Sandgrube.

\* [Bazar-Extrakt.] Vergangenen Sonnabend fand in der Wohnung der Frau Generalin Lenh die Schlussfestigung von dem Comité des Bazars zum Befestigen der Herberge zur Heimath statt. Das pecunäre Resultat des Bazars, welches bei dieser Gelegenheit mitgetheilt wurde, ist Folgendes: Einnahme, incl. Erlös aus einem Geschenk der Kaiserin, 3088 Mk. 99 Pf., und verschiedene Gegenstände, welche der Herberge zur Heimath übergeben sind, im Betrage von 25 Mk. Ausgabe 162 Mk. 65 Pf., also Kleintrag 2911 Mk. 34 Pf.

\* [Diebstahl.] Am 7. Nov. stahl die unverehelichte Gertrude W. bei Ausbruch eines Brandes in Krakau ihrer Dienstherrschafft eine Uhr im Werthe von 20 Mk. und ein Medaillon nebst Ketten im Werthe von 35 Mk. Am 12. Nov. verließ die W. ihren Dienst und beauftragte am 14. Novbr. hier die unverehelichte D. mit dem Verkauf der Ketten. Hierbei wurde festgestellt, dass die Sachen gestohlen waren; die W. wurde gestern verhaftet.

\* [Diebstahl.] Einem auf Langgarten wohnenden Kaufmann wurden am Mittwoch Abend von zwei Besucherinnen, die er kurze Zeit unbewacht in seiner Wohnstube zurückgelassen hatte, sechs Einhundertmarknote aus seinem Pultgestohlen, während sie eine siebente Hundertmarknote in demselben zurückgelassen hatten. Da der Besitzer seine Verlust erst am nächsten Tage bemerkte, hatten die beiden weiblichen Diebe Zeit gefunden, heimlich den Ort zu verlassen. Bis jetzt ist von dem Gelde nichts gefunden. Es gelang aber, die Helferinnen Louise R. und Hermine B. beide vorbestraft, gestern Vormittag zu verhaften.

[Polizeibericht vom 6. Dezember.] Verhaftet: 13 Personen, darunter: 1 Frau wegen Hohelerie, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 2 Arbeiter wegen Misshandlung, 8 Obdachlose, 1 Bettler. — Gestohlen: 60 Mark, 7 Portemonnaies, 1 Cigarrentasche aus schwarzem Leder, 1 gelbe Cigarrentasche, 18 Cravatten, 1 Dutzend Taschenmesser, 1 Taschenbüro, 1 Dutzend Nickelarmbänder, 1 Dutzend Herrenumlegekronen, 8 Spinsnadeln, 1 Flasche Parfüm, mehrere Dutzend seiden Taschentücher, schwarzelederne Handtasche, 1 Portemonnaie aus Goldfutter. — Gefunden: 1 Bund mit 8 Schlüsseln, 1 Tasche, 1 lederner Hundemaulkorb, 1 Bund Schlüssel; abzuholen von der königl. Polizei-Direction.

Y. Thorn, 5. Dezember. Die Probefahrten mit dem Luftballon „Capri“ wurden heute fortgesetzt. Der Ballon hat eine Höhe von 15 und eine Breite von 13 Metern. Zu seiner Füllung werden über 1000 Cubikmeter Gas gebraucht. Der Ballon ist auch mit einer Telephonleitung versehen, so dass die Aufsteigenden stets zur Erde Nachricht geben können. Heute Vormittag stieg ein Offizier 600 Meter auf. Zur Leitung der Probefahrten ist ein Offizier der Luftschiffer-Abteilung hierher commandirt.

Vermischte Nachrichten.  
Hochs Heilverfahren.

Hamburg, 5. Dezember. Der „Hamburgische Correspondent“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die gestrige von 200 Aerzen Hamburgs und der Umgegend besuchte Sitzung des ärztlichen Vereins, in welcher Professor Rost und Dr. Schröder die Resultate der bisherigen in den Hamburger Staatskrankenhäusern vorgenommenen Behandlung nach der Koch'schen Heilmethode demonstrierten. Die diagnostische Bedeutung der Probe-Einspritzungen sei übereinstimmend mit der Koch'schen Veröffentlichung aus. Operative Eingriffe dürfen nach Auffassung des Dr. Schröder auch künftig unumgänglich sein. Die Demonstration, bei welcher verschiedene hochinteressante Fälle vorgeführt wurden, dauerte 3 Stunden.

London, 5. Dez. Dr. Mackenzie demonstrierte heute im Hospital am Golden Square vor zahlreichen Aerzen die Koch'sche Heilmethode und führte dabei Patienten vor, an denen am letzten Sonntag die Einspritzung vollzogen worden war. Bei anderen nahm derselbe heute behutsam diagnostische Zwecke Einspritzungen vor. Nach den Mitteilungen Mackenzies sind bei keinem seiner Patienten Erbrechen oder Fiebershauer erfolgt.

Paris, 5. Dez. Wie verschiedene Abendblätter melden, ist das Befinden von tuberkulosen Kindern, welche vor 5 Tagen im Hospital mit Koch'scher Chympe geimpft wurden, durchaus befriedigend.

\* [Der Plan der nächstjährigen Bühnenfestspiele in Bayreuth] ist nunmehr wie folgt festgestellt: Es werden in der Zeit vom 19. Juli bis 20. August 20 Aufführungen stattfinden, und zwar 10 Aufführungen von „Paradies“ (am 19., 23., 26., 29. Juli, 2., 6., 9., 12., und 19. August), 7 Aufführungen des „Tannhäuser“ (am 22., 27., 30. Juli, 3., 10., 13. und 18. August) und drei Aufführungen von „Tristan und Isolde“ (am 29. Juli, 5. und 15. August). Die Aufführungen werden von Hermann Levi (München) und Felix Mottl (Karlsruhe) geleitet, die Regie ist, wie in dem letzten Festspieljahr, dem Komponisten Anton Fuchs (München) übertragen. Die Leitung der choreographischen Szenen im „Tannhäuser“ hat Fr. Virginia Zuchi (Mailand) übernommen. Das erforderliche Ballettpersonal wird gleich wie alle übrigen zur Wirkung bestimmten Kräfte von verschiedenen Bühnen zusammenberufen. Die Befestigungsfragen sind noch nicht erledigt.

Dresden, 5. Dezbr. Die Elbe ist wieder eisfrei; der Pegel zeigt 1,50 Meter über Null. (W. Z.)

### Schiffs-Nachrichten.

A. Billau, 5. Dez. Heute früh traf hier der Königsberger Dampfer „Ottohar“, von England kommend, ein. Der „Ottohar“ brachte einen Theil der Besatzung des am 24. v. M. in der Nordsee gesunkenen deutschen Barken „Amazone“ aus Kostod von England nach hier, um sie von hier per Bahn nach ihrer Heimat zu befördern. Über den Unfall teilten die Seelenfolge Folgendes mit: Die Bark „Amazone“ hatte in Schweren Holz geladen und war nach England bestimmt. Als das Schiff den Hafen verließ, hatte es gutes Wetter und auch einigermaßen günstigen Wind. Raum jedoch war die „Amazone“ einige Meilen in See, als der Wind plötzlich umsprang und zum stärksten Sturm ausartete. Vier Wochen hatte das Schiff mit stürmischer Witterung zu kämpfen, ohne seinen Bestimmungsort erreichen zu können. Schließlich wurde die „Amazone“ so schwer leck, dass sie trotz anstrengender Pumpens kaum noch über Wasser gehalten werden konnte. Wenige Stunden vor dem Untergange des Schiffes wurde dann die Besatzung durch einen schwedischen Dampfer, der ihr Rotsignal bemerkte, gerettet.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. Dezember.

	Crs.v.5	Crs.v.5
Weizen, gelb	2. Orient.-A.	78.60 78.10
Dezember	193.00 191.70	4% russ. A. 80 97.20 97.20
April-Mai	194.20 193.70	Lombarden.. 60.00 60.00
Roggen		Franzosen.. 108.90 107.70
Dezember	183.20 182.70	Frz.-Actien 168.10 168.60
April-Mai	174.20 173.20	Dis. -Com. 208.90 209.00
Petroleum	per 200 M	Deutschl. Bk. 156.00 156.40
loco ...	23.50 23.50	Laurahütte.. 136.40 135.75
Rüböl		Deffr. Roten 177.00 177.20
Dezember	58.30 58.20	Russ. 237.30 236.35
April-Mai	57.30 57.20	March. kurz 237.00 236.30
Spiritus		Londonlang 20.145 20.16
Dezember	46.50 45.10	Russische 5 % 83.40
April-Mai	47.00 45.70	G.M. B. g. a. —
3% Reichs-A.	105.20 105.20	Dan. Brw. —
3%/2	97.70 97.70	—
4% Consols	104.90 105.00	D. Delmühle 132.00 131.70
3%/2 do.	97.90 98.00	do. Prior 122.00 121.75
3% 1/2 weitr.	95.90 96.00	Wien.. 108.60 108.60
Pfandbr.	95.90 96.00	do. S.-A. 53.20 53.40
do. neue	95.90 96.00	Ostr. Südb. —
3% ital. g. Dr.	56.40 56.40	Giamm.-A. 80.80 80.70
4% tm. G.-Dr.	86.50 86.40	Dan. G.-A. 101.00 101.00
5% Anat.-Dr.	88.80 89.10	Irth. 5% A.-A. 90.00 89.75
Ung. 4% Gdr.	99.40 90.40	Zondsbörse: fest.

### Danziger Börse.

Amtliche Notierungen am 6. Dezember.

Weizen loco ruhig, per Tonne von 1000 Kilogr.	feinglasig. weiß 126—134 1/2 154—196 M. Br.
hochbunt	126—134 1/2 153—196 M. Br.
bunt	126—134 1/2 152—194 M. Br.
rot	126—134 1/2 150—193 M. Br.
ordinär	126—130 1/2 148—185 M. Br.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 128 1/2 147 M. zum freien Verkehr 128 1/2 194 M.

Auf Lieferung 128 1/2 bunt per Dezember zum freien Verkehr 194 M. bez., per Dezember-Januar zum freien Verkehr 193 1/2 M. Br., 193 M. Gd., per April-Mai transit 129 M. Br., 148 1/2 M. Gd., per Juni-Juli transit 151 M. Br., 150 1/2 M. Gd.

Roggen loco inländ. niedriger, transit unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

Louise Bleher geb.  
Gartmann,  
Wilhelm Berkerski,  
Verlobte.  
Hamburg, im Dezember 1890.

Heute Vormittag 12 Uhr  
verschied nach kurzen Leit-  
den unser liebe Schwester  
und Tochter, Fräulein  
**Henriette Domke**  
im Alter von 78 Jahren.  
Dieses zeigen, um Hilfe  
Theilnahme bittend, tief-  
trübt an.  
Die hinterliebenen.  
Danzig, d. 5. Dez. 1890.  
Die Beerdigung findet  
am Mittwoch, Vormittag  
10 Uhr, von der Leichen-  
halle nach dem alten Teil,  
Leichnam Kirchhof statt.

**Naturforschende  
Gesellschaft.**  
Ärztlicher Verein.  
Donnerstag, den 11. Dezember,  
8 Uhr Abends.  
Dr. Abegg.

**Nach Königsberg**  
labet hier Dampfer  
„August“,  
Capt. Delfs, am 8. cr.  
Güteranmeldungen bei (8558)

**Ferdinand Brome.**  
Weimarsche Kunst-Ausstellungs-  
Lotterie, Hauptgew.: M. 50 000.  
Loose à M. 1.  
Kölner Dombau-Lotterie, Haupt-  
gewinn M. 75 000. Loose à M.  
3.50 bei (8619)  
Th. Berlin, Gerbergasse Nr. 2.

**Nach Elbing**  
expediert Wagenladungen mit  
Stückgütern. (8562)  
Ad. von Riesen.

Dirschauer groß gemacht. Zinner  
a Pfund 28 S.  
raffinierten gehm. Zucker,  
a Pfund 30 S.  
geschlagene Stettiner Raffinade,  
a Pfund 24 S.  
Würfelzucker (Fabr. Zahnmesser)  
a Pfund 34 S.  
bei 5 Pf. 33 S. in Centnerkästen  
31 M. (8510)  
seinen Farin a Pfund 25 S.  
per Cir. 23 M. empfiehlt

**Albert Meck,**  
Heil. Geistgasse 19.  
zwischen Scharmacher- u. Siegengasse.

Griechische  
**Original-Weine**  
der  
deutschen Weinbau-Gesellschaft  
„Achaia“

in Patras, sowie Chephalonia- und Samos-Weine in  
Flaschen und in Gebinden von  
10—500 Litern offerirt

**A. Ulrich,**  
Danzig.  
10 Flaschen (½ Liter) assorti  
incl. Verpackung frei  
jeder Bahnstation gegen Nach-  
nahme oder Einsendung von  
20 Mark. (8426)



**Diaphanien.**  
Vollständiger Erfah für Glas-  
malerie, Bilderscheiben und figur-  
liche Darstellungen.

**Die Diaphanien**  
bestehen aus losen Blättern, welche  
nach Gebrauchsammlung leicht  
und dauerhaft auf jede Fenster-  
scheibe aufgeklebt werden können.

**Diaphanien**  
sind ein billiges und schönes De-  
korationsmittel für Zimmer und  
Treppenhäuser. (8499)

**T'Arragon & Cornicelius.**  
Langgasse 53.

**Prima Leinfuchen**  
offeriren billige waggon- wie  
centerweise. (8560)

**Brandt & Bergmann.**

Das in einem Vororte von Dan-  
zig liegende 2 etagige Billen-  
grundstück, seiner früheren Pa-  
triarcal Familie zugeschrieben, mit  
prachtvollem Garten von 63 Ar.  
Große, Eisheller, Gemäthshaus,  
großen Ställungen, Bäuerleistung,  
guten Mietserträgen u. 43 Mtr.  
Baugrund an der Straße, soll für  
den billigen Preis v. 8000 Thlr. ver-  
werden. Ref. erf. Näheres unter  
25339 in der Ergeb. d. Zeitung.

**Stellen jed. Branche, überallhin**  
Jedermann siehe sie per Karte  
Stell.-Cour., Berlin-Westend.

**Circa z. 1. Januar eine eu. gepr.**  
Eheheimer für 2 Kinder, (8 u.  
9 Jahre alt). Lepow, Ronin bei  
Hoppendorf Nr. Carthaus. Ge-  
haltssangabe. Zeugnisabdr. erm.

**Hauptversammlung**,  
Mittwoch, den 10. Dezember,  
Abends 8½ Uhr.  
Heilig-Geistgasse Nr. 111.  
Tagesordnung:  
1. Wahl von Verbundes-Be-  
tretern.  
2. Mitteilungen. (8800)

**Stenograph. Verein**  
von 1857 (Stolze).

## Zeichnungen

auf

### 5% Deutsch-Ostafrikanische Zollobligationen,

in Stücken von M. 300, M. 500, M. 1000,

rückahbar

durch Ausloosung à 105%

nehmen wir auf Grundlage des offiziellen Berliner

Prospects zum Course von 97½ bis

Dienstag, den 9. cr.,

franko Provision entgegen.

Zur Sicherheit und plünktliche Binszahlung obiger  
Obligationen haften die von der Deutschen Staats-  
Regierung im Ostafrikanischen Gebiete eingezogenen

Böllte.

**Meyer & Gelhorn,**

Bank- und Wechsel-Geschäft,

Langenmarkt 40.

## Lebensversicherungs- & Ersparnis-Bank in Stuttgart.

Alle Ueberschüsse fallen nach 5jähriger Zurückhaltung, während  
welcher Zeit sie als Reserve dienen, voll und ganz an die Ver-  
sicherten zurück.

Im Jahre 1891 wird demzufolge als Ueberschuh auf die im Jahre 1886 gezahlten Lebens-  
versicherungs-Brämien die Summe von M. 2.544.274 zurückvergütet, bzw. an den fällig werdenden

Brämien abgerechnet und zwar gemäß Dividen-Plan

auf die lebenslängliche auf die alternative  
Prämie Zusatz-Prämie

A. I. (Dividende auf jede Brämie). . . . . 35% 17%  
A. II. (Dividende vom 6. Jahre ab) . . . . . 40% 20%

B. (steigende Dividende) eine um 3% der Gesamt-Prämie erhöhte Dividende.

Durch diese Rückvergütung werden die ohnehin mächtigen Tarif-Brämien auf ein unübertroffen niedriges Maß vermindernt.

Für die nach Plan A. III. Beteiligten fallen die Ueberschuh-Antheile nebst Erbschaften in deren

Vereinsfonds, um emit an die Berechtigten vertheilt zu werden.

Die Versicherungsbedingungen der Bank beruhen auf dem Princip der Unanfechtbarkeit und

Universalbarkeit.

Gesetzlich Beherrschte haben im Kriegsfall keinerlei Formalität zu erfüllen; die Ver-

sicherung bleibt voll in Kraft.

Bei Selbstmord wird die versicherte Summe anstandslos ausgezahlt, wenn solcher infolge von

Geisteskrankheit oder schwerer körperlicher Krankheit oder nach 5jähriger Versicherungsdauer be-  
gangen wurde.

Versicherungsstand 325 Mill. Banksfonds ca. 84 Mill.

Ueberschuh-Reserve 13 Mill. Extra-Reserve 2 Mill. Mark.

Zu weiterem Beitritt laden ein:

### M. Fürst & Sohn, Generalagenten,

Heil. Geistgasse 112.

Agenten, Inspectoren, Vermittler werden angestellt.

## Thierschutz-Verein

in Danzig.

Mittwoch, 10. Decbr. cr.

Abends 8 Uhr:

Vorstandss-Sitzung

im Bürgerbräu,

Sundgasse 96.

zu welcher auch Nicht-Vor-

stands-Mitglieder höflich

eingeladen werden.

Der Vorstand.

3. A. (8585)

Dr. F. Schmidt, Reg.-Rath.

Vorsitzender.

**Loge Einigkeit.**

Sonntag, d. 7. Decbr. cr.

Gesellschaftsabend.

Anfang

pünktlich 7½ Uhr.

(8264)

**Kaiser-  
Panorama.  
Savoyen.**

Café Noekel.

Sonntag, den 7. Dezember cr.

Großes Concert

ausgeführt von Musikern des

1. Leibhusaren-Regiments

1. Anfang 4 Uhr. Entrée 10 S.

NB. Empf. meine Tägl. für Ver-

eme, Privatgesellsh. u. Sozietät.

Flügel zur Verfügung.

(8485)

**Café Gelonke,**

Oliver Thor 10.

Sonntag, 7. Dezember 1890:

Concert.

Anfang 4½ Uhr. Entrée 10 S.

Empfehl. die Kunstuhrbahn u.

die Lokalitäten zu besichtigen,

für Vereine ic.

(8610)

**Apollo-Saal, Hotel du Nord.**

Ben - Ali - Bey's

ägyptische und indische

Magie.

Der Vorverkauf der Blüte zu

3. 2. 1.50 u. 1 M. in der Müh-  
lenhandlung d. Hrn. Sternen.

Langenmarkt; Gießplatz in 50 S.

an der Raffe.

Anfang präzise 7½ Uhr.

Reu! Gu lam i h.

Heute vorletzte Vorstellung.

Morgen Sonntag leichte Vor-  
stellung.

Fried. Wilh. Schürenhaus.

Sonntag, den 7. Dezember:

Großes

Concert

von der Kapelle des Grenadier-  
Regiments König Friedrich I.

unter Leitung des Königl. Musik-

Dirigenten Herrn C. Theil.

Anfang 6 Uhr.

Kasseneröffnung 5 Uhr.

Entree 30 S. Logen 75 S.

Dampfheizung. Vorzügliche

Ventilation. Elektrische Be-

leuchtung.

Mittwoch, den 10. Dezember:

Fünfter großer  
Gesellschafts-Abend.

Extra-Concert.

Freitag, den 12. Dezember:

8. Sinfonie-Concert.

C. Bodenburg.

Wilhelm-Theater.

Heute und folgende Tage:

Große

Gala-Vorstellung.

um 9½ Uhr: Auftreten der

Senoritta Bellona,

spanisch-deutsche Sängerin und

Mandolinistin.

Fräul. Blanch,

deutsch-russische Sängerin.

Frl. Gretel Hartmann

Thirolle- und Liederländerin.

Herr Wolter,

Gesangs- u. Charakter-Somiker,

sowie Auftreten der

Familie Kolzer

in ihren Turner-Productionen

und Ballet-Tanz.

Stadt-Theater

Sonntag, Nachmittags 4 Uhr.

Bei ermäßigtem Preis. Fremden-

# Beilage zu Nr. 18639 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 6. Dezember 1890.

## Reichstag.

36. Sitzung vom 5. Dezember.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern.

Abg. Samhammer (freis.) beantragt, die Vorlage an die Patentgesetz-Commission zu überweisen. Dies geschieht nach kurzer Debatte.

Es folgt die Berathung eines Gesetzentwurfs über die Änderung des Gesetzes betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter.

Staatssecretär v. Bötticher: Das Krankenkassengesetz, das älteste unserer sozialpolitischen Gesetze, ist jetzt über sieben Jahre in Geltung, und heute wird vielleicht niemand mehr seine segensreichen Wirkungen in Frage stellen. Während unter der Herrschaft der freien Krankenkassen die geordnete Fürsorge für Krankheitsfälle in Preußen sich auf wenig mehr als eine Million Personen erstreckte, umfasste sie nach Einführung des Krankenkassengesetzes, Ende 1888, weit über zwei Millionen allein aus dem Arbeiterstande, jetzt aber bereits über sechs Millionen. Wir wollen mit den Änderungen nicht den freien Hilfskassen ans Leben gehen. Die freien Hilfskassen sind durch das Gesetz sanctionirt. Wir wollen nur Schatten und Licht gleichmäßig verheilen.

Abg. Schumacher (soc.): Einverstanden erklären können wir uns nicht mit der Bestimmung, daß die freien Hilfskassen nun gezwungen werden sollen, anstatt des baaren Gelbes freien Arzt zu gewähren. Es ist doch nicht zu befürchten, daß die kranken Arbeiter zu kurz kommen, denn die freien Hilfskassen geben doch dafür ein größeres Krankengeld.

Das Krankenkassengesetz hat segensreich gewirkt, aber was hier vorgeschlagen wird, ist keine Verbesserung. Ein Mangel des Gesetzes besteht namentlich darin, daß bei einem Streit zwischen zwei Ortskrankenkassen das Krankengeld erst ausbezahlt wird, wenn dieser Streit entschieden ist. Es müßte während dieser Zeit das Geld von irgend einer anderen Behörde ausbezahlt werden. Manche Rässen betrachten die kranken Arbeiter als Almosen-Empfänger. Wenn wir die freien Rässen erhalten wollen, so müssen wir etwas Anderes an die Stelle der jetzigen Bestimmungen setzen. Gerade dieser Entwurf wird noch mehr Socialdemokraten schaffen. Ich beantrage Überweisung der Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern.

Abg. Merbach (Reichsp.) erkennt in der Vorlage eine Verbesserung des bestehenden Zustandes an, gerade in Bezug auf die Bestimmungen über die freien Hilfskassen.

Abg. Hirsch (freis.): Der Geist des Zwanges, der burokratischen Bewormung, des Negirens der Gleichberechtigung der Arbeiter, welcher in dem Invaliditätsgesetz ausgedrückt ist, findet sich auch in dieser Novelle enthalten, und doch wäre es gerade auf diesem Gebiete angezeigt, der arbeiterfreundlichen Grönzung zu folgen und den Arbeitern Raum zu geben für die Entfaltung ihrer Kräfte. Die Novelle verändert die Grundlage des Gesetzes, auf der ich stehe. Die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Zwangsversicherung ist von der Regierung in den Motiven nicht nachgewiesen. Es handelt sich hier wesentlich um die Handlungsgehilfen und im Geschäftsbetrieb von Anwalten, Notaren etc. angestellte Personen. Bei den ersten ist die Notwendigkeit eines

\* [Ven Ali Vens Gooreen] im Apollossaale ersfreuen sich froh der jetzt für öffentliche Veranstaltungen wenig günstigen Zeit der Festvorbereitungen fast allabendlich verhältnismäßig guten Besuches und ernten stets reichen Beifall des durch dieselben ebenso eigenartig als fesselnd

solchen gesetzlichen Zwangs keineswegs nachgewiesen. Das Bild über die Wirkung der Krankenversicherung ist durchaus nicht so rosig, wie es vom Minister dargestellt wurde. Von einer Stetigkeit und Anhänglichkeit an die Ortskrankenkassen und die Immunskassen kann nach den vorliegenden Zahlen über Eintritt und Austritt nicht die Rede sein. Dagegen finden wir eine solche Stetigkeit in den freien Hilfskassen. Diese Unstetigkeit in den Zwangskassen wird aber durch diesen Entwurf noch vermehrt werden. Es ist ja nicht zu erkennen, daß manche Bestimmungen des Entwurfs Verbesserungen sind, aber auch diese zeichnen sich zum Theil durch burokratischen Charakter aus. Ueberall hat die Behörde das Recht, einzugreifen. Wo bleibt da etwas von Selbstverwaltung? Kann doch die Aufsichtsbehörde sogar Beiträge herausfordern. Unterstützungen herabsetzen je nach ihrem Belieben. Es kann sich hier nicht um die richtige Vertheilung von Licht und Schatten handeln, denn die freien Hilfskassen sind schon jetzt gegenüber den Zwangskassen erheblich benachtheilt. Durch diesen Entwurf werden aber die freien Rässen noch mehr beschränkt. Es ist unberechtigt, die freien Rässen in den Bestimmungen über die Fürsorge für den Kranken zu beschränken. Denn thatsächlich leisten sie viel mehr als die Ortskrankenkassen, ja sogar 200 Prozent mehr als die. Wir werden mitarbeiten, aber auch bestrebt sein, die Bestimmungen zu entfernen, welche geeignet sind, die freien Hilfskassen zu beseitigen. Einrichtungen, welche zu den wichtigsten Bestandtheilen der sozialen Wohlfahrt gehören. (Beifall links.)

Geh. Rath Lohmann bestreitet, daß die Vorlage den freien Rässen feindlich sei.

Abg. Hütte (Centr.) und Abg. Möller (nat.-lib.) sind mit der Tendenz der Vorlage einverstanden und behalten sich das Urteil für die Commissionsberathung vor.

Abg. Wissler (wilb.) tritt aus seinen Erfahrungen auf dem Lande für die freien Rässen ein, die mehr leisten als die Zwangskassen; die Zwangskassen bedeuten auch eine Rückwärtsentwicklung. Die Folge davon sei, daß auf dem Lande viele Arbeiter, welche durch Gesetz einer Zwangskasse angehören müssen, nebenbei noch einer freien Rässe angehören.

Abg. v. Manteuffel (conf.): Der Widerspruch des Abg. Hirsch gegen die Vorlage sei von vornherein zu erwarten gewesen, da sie eine erhebliche Schwälerung der freien Rässe bedeute (Hört! hört! links); die freien Hilfskassen hätten früher unberechtigte Privilegien gehabt. Redner spricht seine Freude über die Befreiung der Innungen aus.

Abg. Geisert (soc.): So gern wir auch glauben möchten, daß die Regierung nicht die Absicht hat, die freien Rässen zu schädigen, so hat doch Herr v. Manteuffel schon ausgeplaudert, daß dies doch beabsichtigt wird. Hoffentlich wird die Commission die Vorschläge abschwächen.

Die Vorlage geht an eine Commission von 28 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Dienstag.

## Danzig, 6. Dezember.

\* [Ven Ali Vens Gooreen] im Apollossaale ersfreuen sich froh der jetzt für öffentliche Veranstaltungen wenig günstigen Zeit der Festvorbereitungen fast allabendlich verhältnismäßig guten Besuches und ernten stets reichen Beifall des durch dieselben ebenso eigenartig als fesselnd

unterhaltenen Publikums. Die Art, wie Ven Ali, der morgenländische Zauberer, seine verbüffenden Überraschungen vorbringt, der natürliche, bildreiche, jeder Aufdringlichkeit ferne Humor, mit dem sein Vortrag sie einleitet und begleitet, wirken denn auch recht anziehend und machen jedes seiner originellen Kunststücke durchaus amüsant. Donnerstag Abend wurde als neue Abtheilung des Programms eine Reihe von „Wundern“ der ägyptisch-indischen Zauberer eingeschoben, mit welchen eine junge Dame in entsprechendem malerischen Kostüm Ven Ali secundirte. Auch hierbei fehlte es nicht an hübschen Überraschungen, wie die der Orients Schäke bergenden, auf einen Wink der Zauberin sie herausgebende und dann plötzlich in zierliche Blumensträuße verwandelnde indische Truhe, die aus dem Nichts emporwachsende prächtige Palmenäule etc. Ebenso eigenthümlich, wie diese in ihrer Art und Vollkommenheit in der That neuen Zauber spiele ist auch die begleitende Klaviermusik, die sich dem orientalischen Charakter eng anpaßt und meistens eigene Compositionen des mitwirkenden Musikers bringt. — Morgen (Sonnabend) wird Ven Ali sein hiesiges Gastspiel im Apollossaal beschließen.

Antwerpen, 5. Dez. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Linpe weiß loco 16 bez. und Br., per Dezember 15½ Br., per Jan. 16½ Br., per Jan. März 16½ Br. Ruhig.

Antwerpen, 5. Dezember. Getreidemarkt. Weizen fest.

Roggen behauptet. Hafer ruhig. Gerste unverändert.

Paris, 5. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., per Dezember 26, 70, per Januar 26, 20,

per Januar-April 26, 30, per März-Juni 26, 40. —

Roggen träge, per Dezbr. 17, 20, per März-Juni 17, 60.

Mehl behpt., per Dezbr. 58, 20, per Januar 58, 20, per Januar-April 58, 40, per März-Juni 58, 60. — Rüböl

behpt., per Dezbr. 64, per Januar 64, 50, per Jan-

April 65, 00, per März-Juni 65, 50. — Spiritus träge, per Mai-August 39, 75. — Wetter: Bedeutet.

Paris, 5. Dez. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente

96, 30, 3% Rente 95, 60, 4½% Anleihe 104, 50, 5% ital.

Rente 94, 65, österr. Goldr. 95½, 4% ungar. Goldrente

90, 60, 4% Russen 1880 97, 50, 4% Russen 1889 —

— unific. Aegypt. 48, 87, 4% span. äußere Anleihe

75½, convert. Türken 18, 77½, türk. Loose 78, 40, 4%

privilegierte türk. Obligationen 410, 00. Franzosen 555, 00,

Lombarden 315, 00. Lomb. Prioritäten 339, 00. Banque

d'Escompte 571, 25. Credit foncier 130, 75, do. mobilier

425, 00. Meridional-Akt. — Panamakanal-Aktion —

do. 5% Oblig. — Rio Tinto-Aktion 621, 25. Guceanal-

Aktion 2418, 00. Gaz Parisien 1455, 00. Credit Lyonnais

810, 00. Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 550, 00. Trans-

atlantique 625, 00. B. de France — Ville de Paris de

1871 411. Tab. Ottom. 336, 00, 2½% Conf. Angli —

Wechsel auf deutsche Plätze 122½. Londoner Wechsel kurz

25, 25½, Cheques a London 25, 27½. Wechsel Wien kurz

217, 25, do. Amsterdam kurz 206, 85, do. Madrid kurz

490, 00. C. d'Esc. neue — Robinson-Akt. 71, 25. 3. Orient-

anleihe 90, 50.

London, 5. Dezember. Engl. 2½% Consols 98½,

3% Consols 105, ital. 5% Rente 93½, Lombarden 12½, 4%

Conf. Russen von 1889 (II. Serie) 98, conv. Türken

18½, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 95, 00,

4% ungarische Goldrente 90½, 4% Spanier 74½,

3½% privil. Aegyptier 92½, 4% unific. Aegyptier 95½,

3% garantirte Aegyptier 90, 4½% ägypt. Tributans.

96¾, 6% confol. Mexikaner 92½, Ottomanbank 14½,

Gueractien 95½, Canada-Pacific 74½, The Beers-Aktion

neue 17½, Rio Tinto 24½, Rubinen-Aktionen 1½% Ver-

lust, 4½% Rupees 82. Platzdiscont 33½.

London, 5. Dezbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

3% Consols 105, ital. 5% Rente 93½, Lombarden 12½, 4%

Conf. Russen von 1889 (II. Serie) 98, conv. Türken

18½, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 95, 00,

4% ungarische Goldrente 90½, 4% Spanier 74½,

3½% privil. Aegyptier 92½, 4% unific. Aegyptier 95½,

3% garantirte Aegyptier 90, 4½% ägypt. Tributans.

96¾, 6% confol. Mexikaner 92½, Ottomanbank 14½,

Gueractien 95½, Canada-Pacific 74½, The Beers-Aktion

neue 17½, Rio Tinto 24½, Rubinen-Aktionen 1½% Ver-

lust, 4½% Rupees 82. Platzdiscont 33½.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 51 790,

Gerste 16 010, Hafer 51 620 Qrtz. Sämtliche Getreide-

arten sehr ruhig. Weizen träge, schönster fremder unbedeu-

tende Nachfrage. Hafer fest in Folge der Rälle, schwedischer und russischer Hafer fast nominell, übrige

Artikel nominell, stetig.

Glasgow, 5. Dez. Die Vorräthe von Roheisen in den

Stores belaufen sich auf 602 958 Tons gegen 956 836

Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe

befindlichen Hochöfen beträgt 6 gegen 88 im vorigen

Jahre.

Glasgow, 5. Dezember. (Schluß.) Roheisen. Mixed

numbers warrants 47 sh. 3 d.

Liverpool, 5. Dezbr. Getreidemarkt. Weizen und

Mehl stetig. Mais 2 d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool, 5. Dezbr. Baumwolle. (Schlußbericht.)

Umfah 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export

1500 Ballen. Stetig. Amerikaner und Aegyptier 1½

niedriger. Midd. amerikanische Lieferungen: Dezbr.

Januar 5½ Räuberpreis, per Jan.-Febr. 5½ do., per

Febr.-März 5½ do., per März-April 5½ Räuberpreis,

per April-Mai 5½ do., per Mai-Juni 5½ do., per

Juli-August 5½ do., per Juli-August 5½ do., per

Aug.-Septbr. 5½ do. do.

Petersburg, 5. Dezember. Wechsel a. London 85, 50,

do. Berlin 41, 92½, do. Amsterdam 70, 50, do. Paris

33,85, 1/2-Imperials 690, russ. Präm.-Anleihe von 1864  
 (geft.) 240, do. 1866 217½, russ. 2. Orientanleihe 106¾,  
 do. 3. Orientanleihe 108¾, do. 4% innere Anleihe 91, do.  
 4½% Bodencredit-Pfandbriefe 137½, Große russ. Eisen-  
 bahnen 214, russ. Südwestbahn-Act. 113¾, Petersburger  
 Discontobank 615, Petersburger intern. Handelsbank  
 513, Petersburger Privat-Handelsbank 265, russ.  
 Bank für auswärt. Handel 279, Warschauer Disconto-  
 bank —, Privatdiscon 4½,

Petersburg, 4. Produktionsweise 1/2.  
 43.00. — Weizen loco 10.50. Roggen loco 7.25.  
 hafer loco 4.25. Hanf loco 43.00. Leinsaat loco 11.50.  
 Newyork, 4. Deibr. (Schluß-Courier.) Wechsel auf  
 London (60 Tage) 4.80. Cable-Transfers 4.86 $\frac{1}{4}$ .  
 Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.23 $\frac{1}{2}$ . Wechsel auf Berlin  
 (60 Tage) 9.41 $\frac{1}{2}$ , 4% fundierte Anleihe 121 $\frac{1}{2}$ . Canadian-  
 Pacific-Actionen 73 $\frac{1}{2}$ . Central-Pacific-Actionen 29. Chicago-  
 u. North-Western-Act. 102 $\frac{1}{2}$ . Chic. Mill- u. St. Bare-  
 Actionen 51 $\frac{1}{2}$ . Illinois - Central - Act. 95 $\frac{1}{4}$ . Lake-Shoul-  
 Michigan-South-Act. 105 $\frac{1}{2}$ . Louisville- und Nashville-  
 Actionen 73 $\frac{1}{2}$ . Newy. Lake-Erie- u. Western-Act. 19 $\frac{1}{2}$ .  
 Newy. Lake-Erie- u. West. second. Mort.- Bonds 95 $\frac{1}{2}$ .  
 New. Central- u. Hudson-River-Actionen 98 $\frac{1}{4}$ . Northern-  
 Pacific-Preferred-Act. 61 $\frac{1}{2}$ . Norfolk- u. Western-Pre-  
 ferred-Actionen 53 $\frac{1}{2}$ . Philadelphia- u. Reading- Actionen  
 29 $\frac{1}{2}$ . St. Louis- und St. Franc.- Preferred- Actionen  
 30 $\frac{1}{2}$ . Union-Pacific- Actionen 47 $\frac{1}{2}$ . Wabash, St. Louis-  
 Pacific- Preferred- Actionen 18 $\frac{1}{4}$ . Gilber-Bullion 104 $\frac{1}{2}$ .  
 — Baumwolle in Newyork 97 $\frac{1}{16}$ , in New- Orleans  
 91 $\frac{1}{16}$ . — Raffiniertes Petroleum 70% Abel Test in  
 Newyork 7.30 Gd., do. in Philadelphia 7.30 Gd.  
 rohes Petroleum in Newyork 7.00, d. Pipe line Certi-  
 ficates per Januar 67. Cetting. — Schmalz loco  
 6.12, do. Rohe und Brothers 6.80. — Zucker (Fair  
 refining Muscovados) 43 $\frac{1}{4}$ . — Kaffee (Fair Rio-) 19 $\frac{1}{4}$ .  
 Rio Nr. 7. low ordinary per Januar 16.42, per  
 März 15.42.

## Productenmärkte.

Königsberg, 5. Dei. (v. Portatius u. Grothe). Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 123 $\frac{1}{4}$  182, 124 $\frac{1}{4}$  und 124 $\frac{5}{8}$  185, 125 $\frac{1}{4}$  184, 126 $\frac{7}{8}$  186, 185, bei. 180, 127 $\frac{7}{8}$  186, 129 $\frac{1}{4}$  u. 129 $\frac{3}{8}$  187 M. bei., bunter 130 $\frac{1}{4}$  185 M. bei., gelber russ. 117 $\frac{1}{4}$  bei. 118, 124 $\frac{1}{4}$  134, 50 M. bei., rother 120 $\frac{1}{4}$  181, 122 $\frac{3}{8}$  180, 123 $\frac{1}{4}$  183, 124 $\frac{1}{4}$  bei. 176, 124 $\frac{5}{8}$  bei. 178, 127 $\frac{7}{8}$  186, 185 M. bei., — Roggen per 1000 Kilogr. in-land. 106 $\frac{1}{4}$  naß 138, 115 $\frac{1}{4}$ , 116 $\frac{1}{4}$ , 120 $\frac{1}{4}$  bis 123 $\frac{1}{4}$  160, 123 $\frac{3}{8}$  u. 123 $\frac{4}{8}$  160, 50 M. per 120 $\frac{1}{4}$  riss. 120 $\frac{1}{4}$  116, 50 M. per 120 $\frac{1}{4}$ . — Gerste per 1000 Kilogr. groke 122, 125, 128 M. bei., russ. a. d. Wasser 90 M. bei., kleine 117 M. bei., — Hafer per 1000 Kilogr. 125, 125, 50, 126, 127, 128 M. bei., — Erbsen per 1000 Kilogr. weiße 118, russ. 105, 40 M. bei., graue 120, Belutschken 112 M. bei., — Bohnen per 1000 Kilogr. 128, 130 M. bei., — Bicken per 1000 Kilogr. 105, 112, 115, 116, 117, 118 M. bei., — Rübsen per 1000 Kilogr. russ. abfallend 138, 138 M. bei., — Weizenkleie per 1000 Kilogr. russ. grobe 88, mittel 82 M. bei., — Spiritus per 10000 Liter % ohne Faz. loco contingenter 62 M. Gd., nicht contingenter 42 $\frac{1}{2}$  M. Gd., per Dezbr. nicht contingenter 42 $\frac{1}{4}$  M. Gd., per Dezbr. März nicht contingenter 42 $\frac{1}{2}$  M. Gd., per Frühjahr nicht contingenter 42 $\frac{1}{2}$  M. Gd., per Mai-Juni nicht contingenter 43 M. Gd., — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transitz.

Die heutige Börse eröffnete in weniger fester Haltung und mit theilweise etwas abgeschwächten Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen boten besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs gleichfalls ruhig, gewann aber später etwas an Regsamkeit und gleichzeitig zeigte die Haltung etwas festeren Charakter. Der Kapitalmarkt erwies sich ziemlich fest für heimische solide Anlagen bei ruhigem Geschäft und fremde festen Zins fragende Papiere konnten ihren

Consumsteuer 44,30, per April-Mai mit 70 M. Consum-  
steuer 44,70. Petroleum loco 11,35.

Berlin, 5. Dezbr. Weizen loco 185—195 M., per Dezember 191.50—191.75 M., per April—Mai 192.50—193.75 M., per Mai—Juni 194—194.50 M.—Roggen loco 177—184 M., guter insländ. 181—182 M., feiner inl. 182.50—183 M. ab B., per Dezbr. 182—183—182.75 M., per April—Mai 171—173.50—173.75 M.—Hafer loco 140—158 M., oft u. westpreuß. 140—144 M., pommerischer und uckermärker 141—144 M., schlesischer 141—144 M., fein schlesischer 148—152 M. c. B., per Dezbr. 143.75 M., per April—Mai 141.75—142 M.—Mais loco 133—148 M., per Dez. 137.75 M., per Dez.—Jan. 135.50 M., per April—Mai 130.50—131 M.—Gerste loco 138—205 M.—Kartoffelmehl loco 23 M.—Trockene Kartoffelstärke — M.—Erbsen loco Futterwaare 143—150 M. Hochwaare 155—200 M.—Weizenmehl Nr. 00 27.25—25.50 M., Nr. 0 24—22 M.—Roggemehl Nr. 00 27.00—25.75 M., Nr. 0 und 1 25.50 bis 24.75 M. ff. Marken 27.20 M., per Dezember 25.40—25.50 M., per Dez.—Jan. 25—25.05 M., per April—Mai 24—24.20 M.—Petroleum loco 23.5 M., per Dezbr.—Januar 23.7 M.—Rüböl loco ohne Fak 57.5 M., per Dezbr. 57.2 M., per April—Mai 58.2 M.—Gspiritus ohne Fak loco unversteuert (50 M.) 63.9 M., mit Fak loco versteuert (70 M.) 44.6 M., per Dez. 43.9—45.1 M., per Dez.—Januar 43.9—45.1 M., per Januar—Febr. 43.9—45.1 M., per April—Mai 44.7—45.7 M., per Mai—Juni 44.8—45.9 M., per Juni—Juli 45.3—46.4 M., per Juli—August 45.8—46.9 M., per August—September 46.4—47.4 M.

**B**agdeburg, 5. Dezember. Zuckerbericht. Kornzucker excl. 92 % 17,10. Kornzucker excl. 88 % Rendement 16,30. Raaproduc**t**e excl. 75 % Rendement 14,10. Feit. Brodrosinade I. 28,25. II. 27,75. Gem. Raffinade mit Faz 28. Gem. Stelis I. mit Faz 25,75. Ruhig. Rohzucker I. Product Transiid f. a. B. Hamburg per Dezembr.

se vom 5. Dezember.  
Wertkonsolidierung zumeist behaupten; 4% ungarische Goldrente notiert. Auf internationalem Gebiet stellten sich österre und lebhafter; Franzosen schwach, Lombarden matt. hauptet. Bankaktien ruhig. Industriepapiere ruhig u abgeschwächt; Actien von Kohlenbergwerken lebhafter.

## Berliner Fondsbörse vom 5. Dezember.

Wertstand zumeist behaupten; 4% ungarische Goldrente fest, Italiener schwach. Der Privatdiscont wurde mit 5½ % notirt. Auf internationalem Gebiet stellten sich österreichische Creditactien nach schwächerem Beginn etwas besser und lebhafte; Franzosen schwach, Lombarden matt. Inländische Eisenbahnactien blieben ruhig und ziemlich behauptet. Bankactien ruhig. Industriepapiere ruhig und behauptet; Montanwerthe anfangs etwas besser, später abgeschwächt; Actien von Kohlenbergwerken lebhafte.

Deutsche Fonds.				
Deutsche Reichs-Anleihe	4	105,20	Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4
do. do.	3½	97,70	Poln. Pfandbriefe	5
Akkumulirte Anleihe	4	105,00	Italienische Rente	5
do. do.	3½	98,00	Rumänische Anleihe	6
Gstaats-Schuldscheine	3½	99,75	do. fundirte Anl.	5
Westpreuß. Prov.-Öblig.	3½	—	do. amort. do.	5
Westpr. Prov.-Öblig.	3½	94,50	do. 4% Rente	4
Landlich. Centr.-Pfdbr.	4	103,00	Türk. Admin.-Anleihe	5
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	95,70	Türk. conv. 1% Anl. Ca. D.	5
Pommersche Pfandbr.	3½	96,80	Serbische Gold-Pfdbr.	5
do. do.	4	—	do. Rente	5
Posensche neue Pfdbr.	4	101,00	do. neue Rente	5
do. do.	3½	96,60		
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	98,00		
do. neue Pfandbr.	3½	96,00		
Pomm. Rentenbriefe	4	102,00	Hypothen-Pfandbriefe.	
Posensche do.	4	102,00	Dani. Hypoth.-Pfandbr	4
Preußische do.	4	102,00	do. do. do.	3½

## Ausländische Fonds.

Desserr. Goldrente . . .	4	95,00	neue gar	4
Desserr. Papier-Rente . .	5	90,25	alte bo . . .	4
do. do.	4 1/5	78,80	bo. do. do.	3 1/2
do. Gilber-Rente . .	4 1/5	78,80	III. IV. Em.	—
Ungar. Eisenb.-Anleihe .	4 1/2	100,50	Pr. Bod.-Créd.-Act.-Bk.	100,5
do. Papier-Rente . .	5	88,25	Pr. Central-Bod.-Cr. B.	113,9
do. Goldrente . . .	4	90,40	do. do. do.	101,1
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4 1/2	—	do. do. do.	93,8
do. do. do. 1880	4	97,20	Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	100,7
do. Rente 1883	5	107,30	Pr. Hypoth.-D.-A.-G.-C.	100,0
do. Rente 1884	5	104,60	do. do. do.	100,7
Russ. Anleihe von 1889	4	—	do. do. do.	94,6
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	78,10	Stettiner Nat.-Hypoth.	5
do. 3. Orient-Anleihe	5	80,20	do. do. .	104,0
do. Giegl. 5. Anleihe	5	78,00	do. do. .	102,7
do. do. 6. Anleihe	—	—	Russ. Bod.-Créd.-Pjzbr.	98,5
Russ.-Poln. Schak-Dbl.	4	94,50	Russ. Central- do.	108,0
				92,4

Lotterie-Anleihen

b. Prämien-Anl. 1867	4	—
ier. Prämien-Anleihe	4	135,75
aunsw. Br.-Anleihe	—	10,-30
th. Präm. - Pfandbr.	3½	105,50
amburg. 50 thlr.-Loose	3	137,10
in-Münd. Br.-G. . .	3½	135,00
beder Präm.-Anleihe	3½	131,75
sterr. Loose 1854 . .	4	120,25
do. Cred.-L. v. 1858	—	333,25
do. Loose von 1860	5	124,00
do. do. 1864	—	320,50
enburger Loose	5	128,00
Präm.-Anleihe 1855	3½	171,00
ab-Grat 100Z.-Loose	4	102,80
h. Präm. - Anl. 1864	5	176,00
do. do. von 1866	5	160,90
g. Loose . . . . .	—	256,00

# Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Actien

	Div.	1889.
chen-Maastricht . . . . .	2½/₉	67.00
ain-Ludwigsbachen . . . . .	4½/₃	115.00
arienb.-Märk-St.-A. . . . .	1/₃	53.40
do. do. St.-Pr. . . . .	5	108.40
preuß. Gütbahn . . . . .	3	80.70
do. St.-Pr. . . . .	5	113.00
al-Bahn St.-A. . . . .	1/₃	37.90
do. St.-Pr. . . . .	5	—
argard-Polen . . . . .	4½/₂	102.00
eimar-Gera gar. . . . .	—	20.00
do. St.-Pr. . . . .	—	97.20
alziger . . . . .	4	—
pitthardbahn . . . . .	7½/₁	161.25

† Binsen vom Staate gar.	Div.	1889.	Bar-
Kronpr.-Rud.-Bahn .	$4\frac{3}{4}$	89,20	Ber-
Lüttich-Limburg . . . .		22,60	Ber-
Oesterr.-Franz.-St. .	2,70		Ber-
† do. Nordwestbahn .	$4\frac{3}{4}$	96,60	Bre-
do. Lit. B. . . .	$5\frac{1}{2}$		Bre-
† Reichenb.-Barbus. .	3,81	76,50	Dan-
† Russ. Staatsbahnen .	6,56		Dar-
Russ. Südwestbahn . .		83,40	Deut-
Göschw. Unionb. . . .	5		de
do. Weißb. . . .			do
Güdößterr. Lombard .	$1\frac{3}{5}$	60,00	do
Warischau-Wien . .	15	231,10	do

## Ausländische Priorität

Gottsch.-Bahn	5	103.00	Hamb. Commerc.-Bank	127.00	7 1/2	Amsterdam	8 1/2	11/2	167.20
Italien. 3% gar. C.-Pr.	3	56.40	Hannöversche Bank	113.10	5	do.	2 Mon.	1/2	20.34
Aach.-Derb. Gold-Pr.	4	96.60	Königsb. Vereins-Bank	104.75	6	London	8 Ig.	6	20.16
Kronpr.-Adolf-Bahn	4	82.75	Lübecker Comm.-Bank	—	7	do.	3 Mon.	6	80.45
Deßterr.-Fr. Staatsb.	3	83.00	Magdebg. Privat-Bank	110.10	5 2/3	Paris	8 Ig.	3	80.30
Deßterr. Nordwestbahn	5	93.25	Meiningen Hypoth.-B.	102.75	5	Brüssel	8 Ig.	3	80.05
do. Elbhalsb.	5	92.10	Norddeutsche Bank	—	12	do.	2 Mon.	3	176.45
Südösterr. B. Comb.	3	66.50	Deßterr. Credit-Anstalt	168.90	10 5/8	Wien	8 Ig.	4	175.10
do. 5% Oblig.	5	104.25	Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—	do.	2 Mon.	4	235.75
Ungar. Nordostbahn	5	87.75	do. do. conv. neue	101.60	—	Petersburg	3 Wk.	5 1/2	234.40
do. do. Gold-Pr.	5	101.75	Poelener Provinz.-Bank	—	6	do.	3 Mon.	5 1/2	236.30
Anatol. Bahnen	5	89.10	Preuß. Boden-Credit	129.00	6 1/2	Warischau	8 Ig.	5 1/2	Discont der Reichsbank 5 1/2 %.

Gortes

en . . . .	9,72
reigns . . . .	16,15
ancs.-St. . . .	—
ials per 500 Gr. . . .	—
he Banknoten . . . .	20,32
hische Banknoten . . . .	80,40
reimische Banknoten . . . .	177,20
he Banknoten . . . .	236,45